

17.03.99

U - Wi

Verordnung**des Bundesministeriums
für Umwelt, Naturschutz und
Reaktorsicherheit**

Erste Verordnung zum Inkraftsetzen von Beschlüssen der OSPAR-Kommission nach Artikel 13 des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks (1. OSPAR-Verordnung)**A. Zielsetzung**

Ziel ist die normative Inkraftsetzung der 1998 angenommenen OSPAR-Beschlüsse, 98/3, 98/4 und 98/5.

Die Bundesrepublik Deutschland hat diese nach Artikel 13 Abs. 2 des OSPAR-Übereinkommens bindenden Beschlüsse aus Anlaß der Tagung der OSPAR-Kommission auf Ministerebene am 22. und 23. Juli 1998 angenommen.

Anmerkungen zu den Beschlüssen:

1. OSPAR-Beschluß 98/3 über die Entsorgung außer Betrieb genommener Offshore-Anlagen.

Dieser Beschluß ist nur unter der Maßgabe der Einstimmigkeit zustande gekommen. Der Inhalt des Beschlusses ist in Deutschland bereits durch § 55 Abs. 2 des Bundesberggesetzes vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1310) geregelt. Das Bundesberggesetz ist insofern strenger, als die im Beschluß zugelassenen Ausnahmen dort nicht vorgesehen sind.

2. OSPAR-Beschluß 98/4: Emissions- und Einleitungsgrenzwerte für die Herstellung von Vinylchloridmonomer (VCM), einschließlich der Herstellung von 1,2-Dichlorethan (EDC); und
3. OSPAR-Beschluß 98/5: Emissions- und Einleitungsgrenzwerte für den Vinylchloridsektor zur Anwendung bei der Herstellung von Suspensions-PVC (S-PVC) aus Vinylchloridmonomer (VCM).

Die beiden letztgenannten Beschlüsse enthalten Bestimmungen, die in den meisten Fällen den Bestimmungen der einschlägigen deutschen Regelwerke (TA-Luft, 17. BImSchV, Anhang 22 zur Abwasserverordnung) entsprechen oder diesen vergleichbar sind. Einzelne Bestimmungen gehen aber auch über die deutschen Regelwerke hinaus.

B. Lösung

Erlaß der vorliegenden Verordnung.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte**1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufgaben**

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung der Verordnung nicht mit zusätzlichen Kosten belastet.

2. Vollzugsaufwand

Soweit in den Ländern Betriebe bestehen, die unter den jeweiligen Regelungsbereich der Beschlüsse 98/4 und 98/5 fallen, können in den Haushalten der Vollzugsbehörden dieser Länder geringfügige zusätzliche Vollzugs- und Verwaltungsausgaben entstehen.

E. Sonstige Kosten und Preiswirkung

Betrieben, die unter den jeweiligen Regelungsbereich der Beschlüsse 98/4 und 98/5 fallen, können unter Umständen geringfügige zusätzliche Kosten entstehen.

Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

17.03.99

U - Wi

Verordnung
des Bundesministeriums
für Umwelt, Naturschutz und
Reaktorsicherheit

Erste Verordnung zum Inkraftsetzen von Beschlüssen der OSPAR-Kommission nach Artikel 13 des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks (1. OSPAR-Verordnung)

Der Chef des Bundeskanzleramtes
032 (321) - 235 91 - Üb 33/99

Bonn, den 17. März 1999

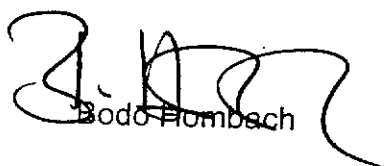
An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich die von dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zu erlassende

Erste Verordnung zum Inkraftsetzen von Beschlüssen der
OSPAR-Kommission nach Artikel 13 des Übereinkommens
zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks
(1. OSPAR-Verordnung)

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Zustimmung des Bundesrates aufgrund des Artikels 80 Abs. 2 des Grundgesetzes herbeizuführen.


Bodo Romboch

Erste Verordnung zum Inkraftsetzen von Beschlüssen der OSPAR-Kommission nach Artikel 13 des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks

(1. OSPAR-Verordnung)

Vom 1999

Auf Grund des Artikels 2 des Gesetzes vom 23. August 1994 zu Internationalen Übereinkommen über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes und des Nordostatlantiks (BGBl. 1994 II S. 1355) verordnet das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Artikel 1

(1) Folgende Beschlüsse, die von der OSPAR-Kommission in Übereinstimmung mit Artikel 13 des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks am 23. Juli 1998 angenommen worden sind, werden hiermit in Kraft gesetzt:

1. der Beschluß 98/3 über die Entsorgung außer Betrieb genommener Offshore-Anlagen;
2. der Beschluß 98/4: Emissions- und Einleitungsgrenzwerte für die Herstellung von Vinylchloridmonomer (VCM), einschließlich der Herstellung von 1,2-Dichlorethan (EDC);
3. der Beschluß 98/5: Emissions- und Einleitungsgrenzwerte für den Vinylchloridsektor zur Anwendung bei der Herstellung von Suspensions-PVC (S-PVC) aus Vinylchloridmonomer (VCM).

(2) Die Beschlüsse werden nachstehend in völkerrechtlich verbindlicher englischer und französischer Fassung mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Weitergehende rechtliche Regelungen in Gesetzen, Verordnungen oder Verwaltungsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland bleiben durch die Inkraftsetzung nach Artikel 1 unberührt (Artikel 2 Abs. 5 des Übereinkommens).

Artikel 3

(1) Artikel 1 Satz 1 Nr. 1, 2 oder 3 tritt (jeweils) an dem Tag in Kraft, an dem der in der jeweiligen Nummer genannte Beschluß für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt. Im übrigen tritt die Verordnung am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

(2) Artikel 1 Satz 1 Nr. 1, 2 oder 3 tritt außer Kraft, wenn der in der jeweiligen Nummer genannte Beschluß für die Bundesrepublik Deutschland außer Kraft tritt.

(3) Die Tage des Inkrafttretens und die Tage des Außerkrafttretens sind im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den ?? . ?? 1999

Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Jürgen Trittin

Begründung

Zu Artikel 1

Die genannten Beschlüsse nach Artikel 13 des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks (OSPAR-Übereinkommen) wurden am 23. Juli 1998 von der OSPAR-Kommission einstimmig angenommen.

Dem völkerrechtlich verbindlichen englischen und französischen Wortlaut der Beschlüsse ist eine amtliche deutsche Übersetzung beigelegt. Wo die Übersichtlichkeit dies erfordert, ist der französische Wortlaut separat abgedruckt.

OSPAR-Beschluß 98/3 betrifft die Entsorgung außer Betrieb genommener Offshore-Anlagen.

OSPAR-Beschluß 98/4 enthält Emissions- und Einleitungsgrenzwerte für die Herstellung von Vinylchloridmonomer (VCM), einschließlich der Herstellung von 1,2 Dichlorethan. Der Beschluß enthält Anforderungen, die den deutschen Regelungen entsprechen (Luft) oder im Prinzip vergleichbar sind (Wasser) daneben aber mit Dioxin auch einen Parameter (Luft und Wasser), der für diese Branche in Deutschland nicht geregelt ist.

OSPAR-Beschluß 98/5 enthält Emissions- und Einleitungsgrenzwerte für den Vinylchloridsektor zur Anwendung bei der Herstellung von Suspensions-PVC (S-PVC) aus Vinylchloridmonomer (VCM). Der Beschluß enthält Anforderungen, die bezüglich der Luftemissionen und Einleitungen in Gewässer den deutschen Regelungen im Prinzip vergleichbar sind.

Zu Artikel 2

Artikel 2 hat deklaratorischen Charakter und dient dazu, Mißverständnissen vorzubeugen.

Zu Artikel 3

Gemäß Artikel 13 Absatz 2 des OSPAR-Übereinkommens ist der Fall denkbar, daß OSPAR-Vertragsparteien von der Möglichkeit Gebrauch machen, binnen der vorgegebenen Frist von 200 Tagen von dem Beschluß zurückzutreten mit der Folge, daß die für den Bestand eines Beschlusses notwendige Mehrheit nicht erhalten bleibt und der Beschluß damit nicht (oder nicht zum vorgesehenen Zeitpunkt) in Kraft treten kann. Gleichmaßen können die genannten Beschlüsse zu unterschiedlichen Zeitpunkten außer Kraft treten.

**Anhang 1 zur
1. OSPAR-Verordnung**

OSPAR Decision 98/3

**on the Disposal of Disused Offshore
Installations**

RECALLING the Convention for the Protection of the Marine Environment of the North East Atlantic, in particular Articles 2 and 5 of that Convention,

RECALLING the relevant provisions of the United Nations Convention on the Law of the Sea,

RECOGNISING that an increasing number of offshore installations in the maritime area are approaching the end of their operational life-time,

AFFIRMING that the disposal of such installations should be governed by the precautionary principle, which takes account of potential effects on the environment,

RECOGNISING that reuse, recycling or final disposal on land will generally be the preferred option for the decommissioning of offshore installations in the maritime area,

ACKNOWLEDGING that the national legal and administrative systems of the relevant Contracting Parties need to make adequate provision for establishing and satisfying legal liabilities in respect of disused offshore installations,

THE CONTRACTING PARTIES TO THE CONVENTION FOR THE PROTECTION OF THE MARINE ENVIRONMENT OF THE NORTH-EAST ATLANTIC DECIDE:

Definitions

1. For the purposes of this Decision,

"concrete installation" means a disused offshore installation constructed wholly or mainly of concrete;

"disused offshore installation" means an offshore installation, which is neither

a. serving the purpose of offshore activities for which it was originally placed within the maritime area, nor

Décision OSPAR 98/3

**sur l'élimination des installations
offshore désaffectées**

RAPPELANT la Convention pour la protection du milieu marin de l'Atlantique du Nord-Est, et notamment les articles 2 et 5 de ladite Convention,

RAPPELANT les dispositions pertinentes de la Convention des Nations-Unies sur le droit de la mer,

RECONNAISSANT qu'un nombre croissant d'installations implantées en offshore dans la zone maritime approchent de la fin de leur durée de vie opérationnelle,

AFFIRMANT que l'élimination de ces installations doit être régie par le principe de précaution, qui prend en compte les effets potentiels sur l'environnement,

RECONNAISSANT que pour le déclassement des installations offshore implantées dans la zone maritime, ce sont la réutilisation, le recyclage ou l'élimination finale à terre qui d'une manière générale constituent les options qu'il y a lieu de préférer.

CONSCIENTES du fait que dans les systèmes juridiques et administratifs nationaux des Parties contractantes concernées, il y aura lieu de prévoir des dispositions propres à la définition et à la satisfaction des responsabilités légales dans le domaine des installations offshore désaffectées,

LES PARTIES CONTRACTANTES A LA CONVENTION POUR LA PROTECTION DU MILIEU MARIN DE L'ATLANTIQUE DU NORD-EST DECIDENT QUE

Définitions

1. Aux fins de la présente décision,

l'expression "installation en béton" désigne une installation offshore désaffectée, intégralement ou essentiellement construite en béton ;

l'expression "installation offshore désaffectée" désigne une installation offshore qui n'est utilisée

a. ni aux fins des activités en offshore pour lesquelles elle a été initialement implantée dans la zone maritime,

OSPAR-Beschluß 98/3

**über die Entsorgung außer Betrieb
genommener Offshore-Anlagen**

EINGEDENK des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordatlantiks, insbesondere der Artikel 2 und 5 dieses Übereinkommens;

EINGEDENK der einschlägigen Bestimmungen des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen;

IN DER ERKENNTNIS, daß sich eine zunehmende Zahl von Offshore-Anlagen im Meeresgebiet dem Zeitpunkt ihrer Stilllegung nähert;

IN BEKRÄFTIGUNG DESSEN, daß die Entsorgung dieser Anlagen auf der Grundlage des Vorsorgeprinzips erfolgen sollte, das auch die potentiellen Auswirkungen auf die Umwelt berücksichtigt;

IN DER ERKENNTNIS, daß bei der Stilllegung von Offshore-Anlagen im Meeresgebiet die Wiederverwendung, Verwertung oder Entsorgung an Land im allgemeinen die zu bevorzugende Option sein wird;

IN ANERKENNTNIS der Tatsache, daß in den nationalen Rechts- und Verwaltungssystemen der betroffenen Vertragsparteien ausreichende Vorsorge für die Schaffung und Erfüllung gesetzlicher Haftungsregelungen im Hinblick auf außer Betrieb genommene Offshore-Anlagen getroffen werden muß -

BESCHLIESSEN DIE VERTRAGSPARTEIEN DES ÜBEREINKOMMENS ZUM SCHUTZ DER MEERESUMWELT DES NORDATLANTIKS FOLGENDES:

Begriffsbestimmungen

1. Im Sinne dieses Beschlusses bedeutet

"Betonanlage" eine außer Betrieb genommene Offshore-Anlage, die vollständig oder überwiegend aus Beton besteht;

"außer Betrieb genommene Offshore-Anlage" eine Offshore-Anlage, die

a) weder zu dem Zweck von Offshore-Tätigkeiten, für die sie ursprünglich im Meeresgebiet errichtet wurde,

b. serving another legitimate purpose in the maritime area authorised or regulated by the competent authority of the relevant Contracting Party;

b. ni à d'autres fins légitimes dans la zone maritime, telles qu'autorisées ou réglementées par l'autorité compétente de la Partie contractante concernée ;

b) noch einem anderen rechtmäßigen Zweck im Meeresgebiet, genehmigt oder geregelt von der zuständigen Behörde der betreffenden Vertragspartei, dient;

but does not include:

tout en ne désignant cependant pas :

sie schließt jedoch folgendes aus:

- c. any part of an offshore installation which is located below the surface of the sea-bed, or
- d. any concrete anchor-base associated with a floating installation which does not, and is not likely to, result in interference with other legitimate uses of the sea;

- c. l'une quelconque des parties d'une installation offshore qui serait implantée dans le sous-sol marin, ou
- d. une quelconque embase d'ancrage en béton associée à une installation flottante, embase ne suscitant aucune gêne des autres utilisations légitimes de la mer et ne risquant pas d'en provoquer une ;

- c) alle Teile einer Offshore-Anlage, die sich unterhalb der Oberfläche des Meeresbodens befinden, oder
- d) Betonanker einer schwimmenden Anlage, sofern sie nicht zu einer Behinderung der sonstigen rechtmäßigen Nutzungen des Meeres führen oder führen können;

"relevant Contracting Party" means the Contracting Party, which has jurisdiction over the offshore installation in question;

l'expression "Partie contractante concernée" désigne la Partie contractante ayant juridiction sur l'installation offshore en question ;

"betroffene Vertragspartei" die Vertragspartei, deren Hoheitsgewalt die betreffende Offshore-Anlage untersteht;

"steel installation" means a disused offshore installation, which is constructed wholly or mainly of steel;

l'expression "installation en acier" désigne une installation offshore désaffectée, intégralement ou essentiellement construite en acier ;

"Stahlanlage" eine außer Betrieb genommene Offshore-Anlage, die vollständig oder überwiegend aus Stahl besteht;

"topsides" means those parts of an entire offshore installation which are not part of the substructure and includes modular support frames and decks where their removal would not endanger the structural stability of the substructure;

le terme "superstructure" désigne les parties qui, dans l'ensemble d'une installation en offshore, ne font pas partie de la substructure ; elles comprennent les châssis modulaires de soutènement et les ponts, leur enlèvement ne remettant pas en cause la stabilité structurelle de la substructure ;

"Aufbauten" die Teile der Offshore-Anlage, die nicht zum Unterbau gehören, und umfaßt auch den Tragrahmen der Module sowie Decks, soweit deren Entfernung die Stabilität der Unterstruktur nicht beeinträchtigt;

"footings" means those parts of a steel installation which:

le terme "empiètements" désigne les parties d'une installation en acier :

"Gründung" die Teile einer Stahlanlage,

- (i) are below the highest point of the piles which connect the installation to the sea bed;
- (ii) in the case of an installation built without piling, form the foundation of the installation and contain amounts of cement grouting similar to those found in footings as defined in subparagraph 3(a); or
- (iii) are so closely connected to the parts mentioned in subparagraphs (i) and (ii) of this definition as to present major engineering problems in severing them from those parts.

- (i) qui sont situées au-dessous du point le plus élevé des pieux d'ancrage qui fixent l'installation sur le fonds marin ;
- (ii) qui, dans le cas d'une installation dépourvue de pieux d'ancrage, constituent la fondation de l'installation, et contiennent du ciment dans des conditions analogues à celles des empiètements, telles que définies à l'alinéa 3 (a) ; ou
- (iii) qui sont si étroitement solidaires des parties visées aux alinéas (i) et (ii) de la présente définition que le fait de les en séparer pose de gros problèmes techniques.

- i) die sich unterhalb des höchsten Punktes der Gründungsfähle befinden, welche die Anlage mit dem Meeresboden verbinden;
- ii) die bei einer ohne Gründungsfähle errichteten Anlage das Fundament der Anlage bilden und die ähnliche Mengen an Zement enthalten wie die in Absatz 3 Buchstabe a beschriebene Gründung; oder
- iii) die mit den in Ziffer i und ii dieser Begriffsbestimmung beschriebenen Teilen so eng verbunden sind, daß eine Abtrennung erhebliche technische Schwierigkeiten bereiten würde.

Programmes and Measures

Programmes et mesures

Programme und Maßnahmen

2. The dumping, and the leaving wholly or partly in place, of disused offshore installations within the maritime area is prohibited.

2. L'immersion, et le maintien en place, en totalité ou en partie, des installations offshore désaffectées sont interdits dans la zone maritime.

2. Das Einbringen und das vollständige oder teilweise Zurücklassen von außer Betrieb genommenen Offshore-Anlagen innerhalb des Meeresgebietes ist verboten.

3. By way of derogation from paragraph 2, if the competent authority of the relevant Contracting Party is satisfied that an assessment in accordance with Annex 2 shows that there are significant reasons why an alternative disposal mentioned below is

3. Par dérogation aux dispositions du paragraphe 2, si l'autorité compétente de la Partie contractante concernée est convaincue, après qu'une évaluation conforme aux dispositions de l'annexe 2 ait été réalisée, qu'il existe des raisons sérieuses pour lesquelles

3. Abweichend von Absatz 2 kann die zuständige Behörde der betroffenen Vertragspartei, wenn sie sich vergewissert hat, daß eine Bewertung nach Anlage 2 zeigt, daß es bedeutsame Gründe gibt, weshalb eine andere, nachstehend genannte Entsor-

preferable to reuse or recycling or final disposal on land, it may issue a permit for

une autre option d'élimination, telle que visée ci-après, est préférable à la réutilisation, au recyclage ou à l'élimination finale à terre, elle peut accorder un permis pour :

gung einer Wiederverwendung oder Verwertung oder Entsorgung an Land vorzuziehen ist, eine Erlaubnis für folgendes erteilen:

- a. all or part of the footings of a steel installation in a category listed in Annex 1, placed in the maritime area before 9 February 1999, to be left in place;
- b. a concrete installation in a category listed in Annex 1 or constituting a concrete anchor base, to be dumped or left wholly or partly in place;
- c. any other disused offshore installation to be dumped or left wholly or partly in place, when exceptional and unforeseen circumstances resulting from structural damage or deterioration, or from some other cause presenting equivalent difficulties, can be demonstrated.

- a. le maintien en place de la totalité ou d'une partie des empiètements d'une installation en acier classée dans l'une des catégories énumérées en annexe 1, et implantée dans la zone maritime avant le 9 février 1999;
- b. l'immersion ou le maintien, en totalité ou en partie, d'une installation en béton classée dans une catégorie énumérée en annexe 1 ou constituant une embase en béton ;
- c. l'immersion ou le maintien, en totalité ou en partie, de toute autre installation offshore désaffectée, lorsque des conditions exceptionnelles et imprévues, résultant de dégâts structurels ou d'une détérioration ou d'une quelconque autre cause présentant des difficultés équivalentes peuvent être démontrées.

- a) für das vollständige oder teilweise Zurücklassen der Gründung einer Stahlanlage in einer der in Anlage 1 aufgeführten Kategorien, die vor dem 9. Februar 1999 im Meeresgebiet errichtet worden ist,
- b) für das Einbringen oder das vollständige oder teilweise Zurücklassen einer Betonanlage in einer der in Anlage 1 aufgeführten Kategorien oder die einen Betonanker darstellt,
- c) für das Einbringen oder das vollständige oder teilweise Zurücklassen einer anderen außer Betrieb genommenen Offshore-Anlage, sofern außergewöhnliche und unvorhergesehene Umstände aufgrund struktureller Schäden oder eines Verfalls oder aus irgendeinem anderen Grund, der die gleichen Schwierigkeiten bereitet, nachgewiesen werden können.

4. Before a decision is taken to issue a permit under paragraph 3, the relevant Contracting Party shall first consult the other Contracting Parties in accordance with Annex 3.

4. Avant de prendre la décision d'accorder ou non un permis en vertu des dispositions du paragraphe 3, la Partie contractante concernée consulte les autres Parties contractantes dans les conditions stipulées en annexe 3.

4. Bevor eine Entscheidung über die Erteilung einer Erlaubnis nach Absatz 3 getroffen wird, konsultiert die betroffene Vertragspartei in Übereinstimmung mit Anlage 3 zunächst die anderen Vertragsparteien.

5. Any permit for a disused offshore installation to be dumped or permanently left wholly or partly in place shall accord with the requirements of Annex 4.

5. Tout permis d'immersion ou d'abandon permanent en place, en totalité ou en partie, d'une installation offshore désaffectée, sera conforme aux dispositions de l'annexe 4.

5. Jede Erlaubnis für das Einbringen oder das vollständige oder teilweise Zurücklassen einer außer Betrieb genommenen Offshore-Anlage muß mit den Bedingungen in Anlage 4 übereinstimmen.

6. Contracting Parties shall report to the Commission by 31 December 1999 and every 2 years thereafter, relevant information on the offshore installations within their jurisdiction including, when appropriate, information on their disposal for inclusion in the inventory to be maintained by the Commission.

6. Le 31 décembre 1999 au plus tard, puis tous les deux ans, les Parties contractantes communiqueront à la Commission les renseignements pertinents sur les installations offshore dépendant de leur juridiction y compris, en tant que de besoin, des renseignements sur leur élimination, de telle sorte que lesdits renseignements puissent figurer dans l'inventaire devant être tenu par la Commission.

6. Die Vertragsparteien legen der Kommission bis 31. Dezember 1999 und danach alle zwei Jahre sachdienliche Informationen über die unter ihrer Hoheitsgewalt befindlichen Offshore-Anlagen, gegebenenfalls auch über deren Entsorgung, zur Aufnahme in das von der Kommission zu führende Bestandsverzeichnis vor.

7. In the light of experience in decommissioning offshore installations, in particular those in categories listed in Annex 1, and in the light of relevant research and exchange of information, the Commission shall endeavour to achieve unanimous support for amendments to that Annex in order to reduce the scope of possible derogations under paragraph 3. The preparation of such amendments shall be considered by the Commission at its meeting in 2003 and at regular intervals thereafter.

7. A la lumière de l'expérience acquise dans le déclassement des installations offshore, et notamment des installations classées dans les catégories inscrites sur la liste de l'annexe 1, ainsi qu'à la lumière des recherches pertinentes et de l'échange des informations, la Commission s'efforcera de faire soutenir à l'unanimité les amendements à ladite annexe, ceci de manière à réduire les perspectives de dérogations éventuelles visées au paragraphe 3. La préparation de ces amendements sera considérée par la Commission lors de sa réunion de 2003 ainsi qu'à intervalles réguliers après coup.

7. Unter Berücksichtigung der Erfahrungen mit der Stilllegung von Offshore-Anlagen, insbesondere mit Anlagen, die zu einer der in Anlage 1 aufgeführten Kategorien gehören, und unter Berücksichtigung einschlägiger Forschungsarbeiten und ausgetauschter Informationen bemüht sich die Kommission um eine einstimmige Unterstützung von Änderungen dieser Anlage, um den Spielraum für mögliche Ausnahmen nach Absatz 3 zu verringern. Über die Ausarbeitung solcher Änderungen berät die Kommission auf ihrer Sitzung im Jahr 2003 und danach in regelmäßigen Abständen.

Entry into force

8. This Decision enters into force on 9 February 1999, and shall then replace Decision 95/1 of the Oslo Commission concerning the Disposal of Offshore Installations.

Implementation Reports

9. If any Contracting Party decides to issue a permit for a disused offshore installation to be dumped or left wholly or partly in place within the maritime area, it shall submit to the Commission at the time of the issue of the permit a report in accordance with paragraph 3 of Annex 4.

10. If any disused offshore installation is dumped or left wholly or partly in place within the maritime area, the relevant Contracting Party shall submit to the Commission, within six months of the disposal, a report in accordance with paragraph 4 of Annex 4.

Entrée en vigueur

8. La présente décision entrera en vigueur le 9 février 1999 ; elle annulera et remplacera alors la décision 95/1 de la Commission d'Oslo sur l'élimination des installations en offshore.

Rapports de mise en œuvre

9. Si l'une quelconque des Parties contractantes décide d'accorder un permis d'immersion ou d'abandon sur place, en totalité ou en partie, dans la zone maritime, d'une installation offshore désaffectée, elle remet à la Commission, au moment de l'octroi du permis, un rapport répondant aux dispositions du paragraphe 3 de l'annexe 4.

10. Si une installation offshore désaffectée est immergée ou abandonnée en totalité ou en partie en place dans la zone maritime, la Partie contractante concernée remet à la Commission, dans un délai de six mois après l'élimination, un rapport conforme aux dispositions du paragraphe 4 de l'annexe 4.

Inkrafttreten

8. Dieser Beschluß tritt am 9. Februar 1999 in Kraft und ersetzt von da an den Beschluß 95/1 der Kommission von Oslo über die Entsorgung von Offshore-Anlagen.

Umsetzungsberichte

9. Beschließt eine Vertragspartei, eine Erlaubnis für das Einbringen oder das vollständige oder teilweise Zurücklassen einer außer Betrieb genommenen Offshore-Anlage im Meeresgebiet zu erteilen, so legt sie zum Zeitpunkt der Erteilung der Erlaubnis der Kommission einen Bericht nach Anlage 4 Absatz 3 vor.

10. Wird eine außer Betrieb genommene Offshore-Anlage im Meeresgebiet eingebracht oder vollständig oder teilweise zurückgelassen, so legt die betroffene Vertragspartei der Kommission binnen sechs Monaten nach der Entsorgung einen Bericht nach Anlage 4 Absatz 4 vor.

* * *

ANNEX 1

CATEGORIES OF DISUSED OFFSHORE INSTALLATIONS WHERE DEROGATIONS MAY BE CONSIDERED

The following categories of disused offshore installations, excluding their topsides, are identified for the purpose of paragraph 3:

- steel installations weighing more than ten thousand tonnes in air;
- gravity based concrete installations;
- floating concrete installations;
- any concrete anchor-base which results, or is likely to result, in interference with other legitimate uses of the sea.

ANNEXE 1

CATEGORIES D'INSTALLATIONS OFFSHORE DESAFFECTEES AU TITRE DESQUELLES DES DEROGATIONS SONT SUSCEPTIBLES D'ETRE ENVISAGEES

Les catégories ci-après d'installations offshore désaffectées, à l'exclusion de leurs superstructures, sont définies aux fins du paragraphe 3 :

- installations en acier pesant plus de 10 000 tonnes dans l'air ;
- installations gravitaires en béton ;
- installations flottantes en béton ;
- toute embase d'ancrage en béton suscitant ou risquant de provoquer une gêne des autres utilisations légitimes de la mer.

* * *

ANLAGE 1

KATEGORIEN VON AUSSER BETRIEB GENOMMENEN OFFSHORE-ANLAGEN, DIE FÜR EINE AUSNAHMEREGELUNG IN BETRACHT KOMMEN KÖNNEN

Für die Zwecke des Absatzes 3 werden, unter Ausschluß der Aufbauten, folgende Kategorien von außer Betrieb genommenen Offshore-Anlagen festgelegt:

- Stahlanlagen mit einem Gewicht von über zehntausend Tonnen in Luft;
- Schwerkraftanlagen aus Beton;
- schwimmende Betonanlagen;
- Betonanker, aus denen sich eine Behinderung der sonstigen rechtmäßigen Nutzungen des Meeres ergibt oder ergeben kann.

ANNEX 2

ANNEXE 2

ANLAGE 2

**FRAMEWORK FOR THE
ASSESSMENT OF PROPOSALS
FOR THE DISPOSAL AT SEA
OF DISUSED OFFSHORE
INSTALLATIONS**

**SCHEMA D'EVALUATION DES
PROPOSITIONS D'ELIMINATION
EN MER D'INSTALLATIONS
OFFSHORE DESAFFECTEES**

**RAHMENVORGABEN FÜR DIE
BEURTEILUNG VON
ANTRÄGEN AUF ENTSORGUNG
VON AUSSER BETRIEB
GENOMMENEN OFFSHORE-
ANLAGEN AUF SEE**

General Provisions

1. This framework shall apply to the assessment by the competent authority of the relevant Contracting Party of proposals for the issue of a permit under paragraph 3 of this Decision.

2. The assessment shall consider the potential impacts of the proposed disposal of the installation on the environment and on other legitimate uses of the sea. The assessment shall also consider the practical availability of reuse, recycling and disposal options for the decommissioning of the installation.

Information required

3. The assessment of a proposal for disposal at sea of a disused offshore installation shall be based on descriptions of:

- a. the characteristics of the installation, including the substances contained within it: if the proposed disposal method includes the removal of hazardous substances from the installation, the removal process to be employed, and the results to be achieved, should also be described; the description should indicate the form in which the substances will be present and the extent to which they may escape from the installation during, or after, the disposal;
- b. the proposed disposal site: for example, the physical and chemical nature of the sea bed and water column and the biological composition of their associated ecosystems; this information should be included even if the proposal is to leave the installation wholly or partly in place;
- c. the proposed method and timing of the disposal

4. The descriptions of the installation, the proposed disposal site and the proposed disposal method should be sufficient to assess the impacts of the proposed disposal.

Dispositions générales

1. Le présent schéma s'applique à l'évaluation, par l'autorité compétente de la Partie contractante concernée, des propositions pour octroi de permis en vertu des dispositions du paragraphe 3 de la présente décision.

2. L'évaluation devra envisager les impacts potentiels sur l'environnement et sur les autres utilisations légitimes de la mer. Elle devra aussi considérer pour le déclassement de l'installation la disponibilité pratique des options de recyclage, de réutilisation ainsi que d'élimination.

Renseignements requis

3. L'évaluation d'une proposition visant à éliminer en mer une installation offshore désaffectée sera fondée sur les éléments d'information suivants :

- a. caractéristiques de l'installation, y compris les substances qu'elle renferme ; si la méthode d'élimination proposée prévoit l'enlèvement des substances dangereuses présentes dans l'installation, le procédé d'enlèvement ainsi que les résultats à obtenir, seront aussi indiqués ; dans la description, on indiquera la forme sous laquelle ces substances sont présentes et dans quelles mesures elles pourraient s'échapper de l'installation soit pendant, soit après élimination ;
- b. lieu proposé pour l'élimination : les caractéristiques chimiques et physiques des fonds marins et de la colonne d'eau, ainsi que la composition biologique des écosystèmes associés ; ces renseignements seront donnés même si la proposition consiste à laisser l'installation en place en totalité ou en partie ;
- c. méthode proposée pour l'élimination et calendrier prévu à cet effet.

4. La description de l'installation, du lieu éventuel ainsi que de la méthode correspondante doit être suffisamment complète pour que l'on puisse évaluer les impacts de l'élimi-

Allgemeine Bestimmungen

1. Diese Rahmenvorgaben kommen bei der Beurteilung von Anträgen auf Erteilung einer Erlaubnis nach Absatz 3 dieses Beschlusses durch die zuständigen Behörden der betroffenen Vertragspartei zur Anwendung.

2. Bei der Beurteilung werden die potentiellen Auswirkungen der geplanten Entsorgung der Anlage auf die Umwelt und auf andere rechtmäßige Nutzungen des Meeres geprüft. Außerdem wird geprüft, ob praktikable Wiederverwendungs-, Verwertungs- und Entsorgungsalternativen für die Stilllegung der Anlage vorhanden sind.

Erforderliche Informationen

3. Die Beurteilung eines Antrags auf Entsorgung einer außer Betrieb genommenen Offshore-Anlage erfolgt anhand einer Beschreibung

- a) der kennzeichnenden Merkmale der Anlage, einschließlich der in ihr befindlichen Stoffe; wenn die geplante Entsorgungsmethode auch die Entfernung gefährlicher Stoffe aus der Anlage umfaßt, sollten das dafür vorgesehene Verfahren und die zu erwartenden Ergebnisse beschrieben werden; aus der Beschreibung sollte hervorgehen, in welcher Form die Stoffe vorliegen und in welchem Umfang sie während oder nach der Entsorgung aus der Anlage austreten können;
- b) des für die Entsorgung vorgesehenen Standorts: beispielsweise der physikalischen und chemischen Beschaffenheit des Meeresbodens und des Wasserkörpers sowie der biologischen Zusammensetzung der zugehörigen Ökosysteme; diese Informationen sollten auch dann vorgelegt werden, wenn der Antrag das vollständige oder teilweise Zurücklassen der Anlage vorsieht;
- c) der geplanten Methode und der Zeitplanung für die Entsorgung.

4. Die Beschreibung der Anlage, des für die Entsorgung vorgesehenen Standortes und der geplanten Entsorgungsmethode sollte so umfangreich sein, daß sie dazu

and how they would compare to the impacts of other options.

nation envisagée, et de les comparer aux impacts des autres options d'élimination.

ausreicht, abzuschätzen, welche Auswirkungen die geplante Entsorgung hat und wie sie im Vergleich zu anderen Alternativen zu bewerten wäre.

Assessment of disposal

Evaluation de l'élimination

Beurteilung der Entsorgung

5. The assessment of the proposal for disposal at sea of a disused offshore installation shall follow the broad approach set out below.

5. L'évaluation du projet d'élimination en mer d'une installation offshore désaffectée se fera dans les grandes lignes dans les conditions ci-après indiquées.

5. Die Beurteilung des Antrags auf Entsorgung einer außer Betrieb genommenen Offshore-Anlage auf See hat nach dem nachstehend beschriebenen allgemeinen Verfahren zu erfolgen.

6. The assessment shall cover not only the proposed disposal, but also the practical availability and potential impacts of other options. The options to be considered shall include:

6. L'évaluation ne prendra pas seulement en compte le projet d'élimination ; elle devra également couvrir la disponibilité pratique et les impacts potentiels des autres options. Les options à considérer seront notamment les suivantes :

6. Die Beurteilung hat sich nicht nur auf die geplante Entsorgung, sondern auch auf die praktische Verfügbarkeit und die potentiellen Auswirkungen anderer Alternativen zu erstrecken. Zu den zu prüfenden Alternativen gehören

- a. re-use of all or part of the installation;
- b. recycling of all or part of the installation;
- c. final disposal on land of all or part of the installation;
- d. other options for disposal at sea.

- a. réutilisation de toute l'installation ou d'une partie de celle-ci ;
- b. recyclage de toute l'installation ou d'une partie de celle-ci ;
- c. élimination finale à terre de toute l'installation ou d'une partie de celle-ci ;
- d. les autres options d'élimination en mer.

- a) die Wiederverwendung der Gesamtheit oder eines Teils der Anlage;
- b) die Verwertung der Gesamtheit oder eines Teils der Anlage;
- c) die Landentsorgung der Gesamtheit oder eines Teils der Anlage;
- d) sonstige Möglichkeiten der Entsorgung auf See.

Matters to be taken into account in assessing disposal options

Questions à prendre en considération dans l'évaluation des options d'élimination

Bei der Beurteilung der Entsorgungsalternativen zu berücksichtigende Punkte

7. The information collated in the assessment shall be sufficiently comprehensive to enable a reasoned judgement on the practicability of each of the disposal options, and to allow for an authoritative comparative evaluation. In particular, the assessment shall demonstrate how the requirements of paragraph 3 of this Decision are met.

7. Les informations recueillies aux fins de l'évaluation devront être suffisamment complètes pour que l'on puisse porter un jugement bien fondé sur la faisabilité de chacune des options d'élimination, et autoriser une étude comparative qui fait autorité. Notamment, les résultats de l'étude de l'élimination en mer devront prouver comment les critères fixés au paragraphe 3 de la présente décision sont satisfaits.

7. Die für die Beurteilung zusammengetragenen Informationen müssen umfassend genug sein, daß eine abgewogene Beurteilung der Durchführbarkeit der einzelnen Entsorgungsalternativen gewährleistet und eine zuverlässige vergleichende Bewertung möglich ist. Insbesondere ist in der Beurteilung nachzuweisen, wie die Anforderungen des Absatzes 3 dieses Beschlusses erfüllt werden.

8. The assessment of the disposal options shall take into account, but need not be restricted to:

8. L'évaluation des options d'élimination tiendra compte, sans pour autant y être limitée :

8. Bei der Bewertung der Entsorgungsalternativen ist unter anderem, jedoch nicht ausschließlich, folgendes zu berücksichtigen:

- a. technical and engineering aspects of the option, including re-use and recycling and the impacts associated with cleaning, or removing chemicals from, the installation while it is offshore;
- b. the timing of the decommissioning;
- c. safety considerations associated with removal and disposal, taking into account methods for assessing health and safety at work;
- d. impacts on the marine environment, including exposure of biota to con-

- a. des aspects techniques et ingénierie de l'option d'élimination, y compris la réutilisation et le recyclage, ainsi que les impacts dus au nettoyage, ou à l'enlèvement des produits chimiques de l'installation alors qu'elle est en mer ;
- b. du calendrier du déclassement ;
- c. des considérations de sécurité associées à l'enlèvement et à l'élimination, en tenant compte des méthodes d'appréciation de l'hygiène et de la sécurité du travail ;
- d. des impacts sur le milieu marin, dont l'exposition du biotope aux contami-

- a) die technischen und ingenieurmäßigen Aspekte der Alternative, einschließlich Wiederverwendung und Verwertung, sowie die Auswirkungen einer Reinigung der Anlage oder der Entfernung der darin befindlichen Chemikalien auf See,
- b) die Zeitplanung für die Stilllegung;
- c) mit der Entfernung und Entsorgung zusammenhängende Sicherheitsaspekte unter Berücksichtigung von Methoden zur Bewertung der Gesundheit und der Sicherheit während der Arbeit;
- d) die Auswirkungen auf die Meeresumwelt, einschließlich der Exposi-

taminants associated with the installation, other biological impacts arising from physical effects, conflicts with the conservation of species, with the protection of their habitats, or with mariculture, and interference with other legitimate uses of the sea;

nants associés à l'installation, des autres impacts biologiques dus aux phénomènes physiques, des conflits avec la conservation des espèces, avec la protection de leurs habitats, ou avec la maréculture, ainsi que la gêne apportée aux autres utilisations légitimes de la mer ;

tion von Pflanzen und Tieren gegenüber Schadstoffen aus der Anlage, sonstige biologische Auswirkungen aufgrund physikalischer Effekte, Konflikte mit der Erhaltung der Arten, mit dem Schutz ihrer Lebensräume oder mit der marinen Aquakultur sowie Behinderungen der sonstigen rechtmäßigen Nutzungen des Meeres;

- e. impacts on other environmental compartments, including emissions to the atmosphere, leaching to groundwater, discharges to surface fresh water and effects on the soil;
- f. consumption of natural resources and energy associated with re-use or recycling;
- g. other consequences to the physical environment which may be expected to result from the options;
- h. impacts on amenities, the activities of communities and on future uses of the environment; and
- i. economic aspects.

- e. des impacts sur les autres compartiments de l'environnement, dont les émissions dans l'atmosphère, les infiltrations dans la nappe phréatique, les rejets dans les eaux douces de surface et les effets sur le sol ;
- f. des ressources naturelles et de l'énergie consommées pour la réutilisation ou pour le recyclage ;
- g. des autres conséquences qu'on peut envisager, pour l'environnement physique, des diverses options ;
- h. des impacts sur les agréments, les activités des communautés et les utilisations futures de l'environnement ; et
- i. des aspects économiques.

- e) die Auswirkungen auf andere Umweltbereiche, einschließlich Emissionen in die Atmosphäre, Versickern in das Grundwasser, Einleitung in Oberflächen-Süßgewässer und Auswirkungen auf die Böden;
- f) der Verbrauch von natürlichen Ressourcen und Energie in Zusammenhang mit der Wiederverwendung oder Verwertung;
- g) sonstige Auswirkungen auf die physikalische Umwelt als mögliche Folgen der verschiedenen Optionen;
- h) die Auswirkungen auf die Annehmlichkeiten der Umwelt, auf die Aktivitäten von Gemeinden und auf die künftigen Nutzungen der Umwelt; und
- i) wirtschaftliche Aspekte.

9. In assessing the energy and raw material consumption, as well as any discharges or emissions to the environmental compartments (air, land or water), from the decommissioning process through to the re-use, recycling or final disposal of the installation, the techniques developed for environmental life cycle assessment may be useful and, if so, should be applied. In doing so, internationally agreed principles for environmental life cycle assessments should be followed.

9. Dans l'appréciation de la consommation d'énergie et de matières premières, ainsi que des rejets ou des émissions dans les compartiments de l'environnement (air, sol ou eau) dus aux opérations de déclassement, à la réutilisation, au recyclage ou à l'élimination finale de l'installation, les techniques élaborées aux fins de l'évaluation du cycle de vie dans l'environnement, sont susceptibles d'être utiles, et dans l'affirmative, il convient de les appliquer. Ce faisant, les principes convenus au plan international pour les évaluations du cycle de vie dans l'environnement seront observés.

9. Bei der Abschätzung des mit der Stilllegung verbundenen Energie- und Rohstoffverbrauchs sowie etwaiger Einträge oder Emissionen in die Umwelt (Luft, Boden oder Wasser) in Zusammenhang mit der Wiederverwendung, Verwertung oder Entsorgung der Anlage können die für Ökobilanzen entwickelten Verfahren von Nutzen sein und sollten gegebenenfalls eingesetzt werden. Dabei sollten die international vereinbarten Grundsätze für Ökobilanzen befolgt werden.

10. The assessment shall take into account the inherent uncertainties associated with each option, and shall be based upon conservative assumptions about potential impacts. Cumulative effects from the disposal of installations in the maritime area and existing stresses on the marine environment arising from other human activities shall also be taken into account.

10. L'évaluation tiendra compte des incertitudes intrinsèques de chacune des options et sera fondée sur des hypothèses d'impact prudentes. Il sera en outre tenu compte des effets cumulatifs de l'élimination des installations dans la zone maritime ainsi que des pressions d'ores et déjà exercées sur le milieu marin par les autres activités de l'homme.

10. Bei der Beurteilung ist auch den jeder Alternative innewohnenden Unsicherheiten Rechnung zu tragen und von konservativen Annahmen über die potentiellen Auswirkungen auszugehen. Kumulative Wirkungen aufgrund der Entsorgung von Anlagen im Meeresgebiet und bestehende Belastungen der Meeresumwelt durch andere menschliche Tätigkeiten sind ebenfalls zu berücksichtigen.

11. The assessment shall also consider what management measures might be required to prevent or mitigate adverse consequences of the disposal at sea, and shall indicate the scope and scale of any monitoring that would be required after the disposal at sea.

11. L'évaluation prendra également en considération les mesures de gestion susceptibles d'être nécessaires pour prévenir ou atténuer les conséquences adverses de l'élimination en mer, et précisera la nature ainsi que l'échelle de la surveillance qui pourraient s'avérer nécessaires après l'élimination en mer.

11. Im Rahmen der Beurteilung ist auch zu prüfen, welche Managementmaßnahmen geboten sein könnten, um die nachteiligen Auswirkungen einer Entsorgung auf See zu verhüten oder zu mindern; außerdem sind Erfassungsbereich und Umfang einer nach der Entsorgung auf See erforderlich werdenden Überwachung anzugeben.

Overall assessment

12. The assessment shall be sufficient to enable the competent authority of the relevant Contracting Party to draw reasoned conclusions on whether or not to issue a permit under paragraph 3 of this Decision and, if such a permit is thought justified, on what conditions to attach to it. These conclusions shall be recorded in a summary of the assessment which shall also contain a concise summary of the facts which underpin the conclusions, including a description of any significant expected or potential impacts from the disposal at sea of the installation on the marine environment or its uses. The conclusions shall be based on scientific principles and the summary shall enable the conclusions to be linked back to the supporting evidence and arguments. Documentation shall identify the origins of the data used, together with any relevant information on the quality assurance of that data.

Evaluation générale

12. Les résultats de l'étude devront être tels qu'ils permettront à l'autorité compétente de la Partie contractante concernée de tirer des conclusions fondées quant à l'octroi ou au refus du permis en vertu du paragraphe 3 de la présente décision et, dans la mesure où l'octroi du permis est considéré comme justifié, de décider des conditions dont il doit être assorti. Ces conclusions seront relevées dans un résumé de l'étude, lequel contiendra aussi une analyse concise des faits à l'origine des conclusions, et notamment une description de tous les impacts significatifs probables ou potentiels de l'élimination en mer sur le milieu marin ou sur ses utilisations. Les conclusions seront basées sur des principes scientifiques, et le résumé permettra de remonter des conclusions aux preuves ainsi qu'aux arguments à l'appui de celles-ci. Dans le dossier, l'origine des données exploitées sera indiquée, de même que tous les éléments d'information sur le contrôle qualité de ces données.

Gesamtbeurteilung

12. Die Beurteilung hat detailliert genug zu sein, daß die zuständige Behörde der betroffenen Vertragspartei abgewogene Schlußfolgerungen im Hinblick auf die Frage ziehen kann, ob sie eine Erlaubnis gemäß Absatz 3 dieses Beschlusses erteilen soll und - falls eine Erlaubnis für gerechtfertigt erachtet wird - welche Bedingungen daran zu knüpfen sind. Die Schlußfolgerungen sind in einer zusammenfassenden Darstellung der Beurteilung festzuhalten, die auch eine kurze Zusammenfassung der den Schlußfolgerungen zugrundeliegenden Fakten sowie eine Beschreibung aller zu erwartenden oder potentiellen erheblichen Auswirkungen der Entsorgung der Anlage auf See auf die Meeresumwelt oder ihre Nutzungen enthalten sollte. Die Schlußfolgerungen sollen sich auf wissenschaftliche Grundsätze stützen, und die Zusammenfassung soll die Möglichkeit bieten, die Schlußfolgerungen zu dem unterstützenden Beweismaterial und den Beweisführungen zurückzufolgern. In den Unterlagen sind die Herkunft der verwendeten Daten sowie alle einschlägigen Informationen über die Sicherung ihrer Qualität zu vermerken.

* * *

ANNEX 3

CONSULTATION PROCEDURE

1. A relevant Contracting Party which is considering whether to issue a permit under paragraph 3 of this Decision shall start this consultation procedure at least 32 weeks before any planned date of a decision on that question by sending to the Executive Secretary a notification containing:

- a. an assessment prepared in accordance with Annex 2 to this Decision, including the summary in accordance with paragraph 12 of that Annex;
- b. an explanation why the relevant Contracting Party considers that the requirements of paragraph 3 of this Decision may be satisfied;
- c. any further information necessary to enable other Contracting Parties to consider the impacts and practical availability of options for re-use, recycling and disposal.

ANNEXE 3

PROCEDURE DE CONSULTATION

1. Une Partie contractante concernée qui envisage d'accorder un permis en vertu du paragraphe 3 de la présente décision doit amorcer la présente procédure de consultation au moins 32 semaines avant toute date qui serait prévue pour la prise d'une décision sur cette question, ceci en faisant parvenir au Secrétaire exécutif une notification contenant :

- a. une évaluation répondant aux dispositions de l'annexe 2 à la présente décision, dont un résumé conforme au paragraphe 12 de ladite annexe ;
- b. les raisons pour lesquelles la Partie contractante concernée considère que les critères du paragraphe 3 de la présente décision sont susceptibles d'être satisfaits ;
- c. tous les autres éléments d'information nécessaires aux autres Parties contractantes pour qu'elles puissent considérer les impacts et la faisabilité pratique des options de réutilisation, de recyclage et d'élimination.

ANLAGE 3

KONSULTATIONSVERFAHREN

1. Eine betroffene Vertragspartei, die die Erteilung einer Erlaubnis nach Absatz 3 dieses Beschlusses erwägt, leitet dieses Konsultationsverfahren mindestens 32 Wochen vor einem geplanten Termin für eine Entscheidung in dieser Frage ein, indem sie dem Exekutivsekretär eine Notifikation übermittelt, die folgendes umfaßt:

- a) eine in Übereinstimmung mit Anlage 2 dieses Beschlusses erstellte Beurteilung, die auch eine Zusammenfassung gemäß Absatz 12 jener Anlage umfaßt;
- b) eine Erläuterung der Gründe, weshalb die betroffene Vertragspartei der Meinung ist, daß die Anforderungen des Absatzes 3 dieses Beschlusses erfüllt sein könnten;
- c) alle erforderlichen weiteren Informationen, damit andere Vertragsparteien die Auswirkungen und die tatsächliche Verfügbarkeit von Wiederverwendungs-, Verwertungs- und Entsorgungsalternativen prüfen können.

2. The Executive Secretary shall immediately send copies of the notification to all Contracting Parties.
2. Le Secrétaire exécutif expédie immédiatement à toutes les Parties contractantes des copies de la notification.
2. Der Exekutivsekretär leitet allen Vertragsparteien unverzüglich eine Kopie der Notifikation zu.
3. If a Contracting Party wishes to object to, or comment on, the issue of the permit, it shall inform the Contracting Party which is considering the issue of the permit not later than the end of 16 weeks from the date on which the Executive Secretary circulated the notification to the Contracting Parties, and shall send a copy of the objection or comment to the Executive Secretary. Any objection shall explain why the Contracting Party which is objecting considers that the case put forward fails to satisfy the requirements of paragraph 3 of this Decision. That explanation shall be supported by scientific and technical arguments. The Executive Secretary shall circulate any objection or comment to the other Contracting Parties.
3. Si une Partie contractante souhaite faire des objections ou des commentaires sur l'octroi du permis, elle les communique à la Partie contractante qui envisage d'accorder le permis, ceci au plus tard à la fin de la 16ème semaine à compter de la date à laquelle le Secrétaire exécutif a diffusé la notification auprès des Parties contractantes, et remet un exemplaire du texte de son objection ou de ses commentaires au Secrétaire exécutif. Dans toute objection, la Partie contractante qui objecte explique pourquoi elle considère que l'argumentation avancée ne satisfait pas aux critères du paragraphe 3 de la présente décision. Cette explication doit être étayée par des arguments scientifiques et techniques. Le Secrétaire exécutif diffuse le texte de l'objection ou des commentaires auprès des autres Parties contractantes.
3. Eine Vertragspartei, die in der Frage der Erlaubnis einen Einwand erheben oder einen Kommentar abgeben möchte, teilt dies der Vertragspartei, welche die Erteilung der Erlaubnis erwägt, spätestens mit Ablauf von 16 Wochen nach dem Tag mit, an dem der Exekutivsekretär den Vertragsparteien die Notifikation zugeleitet hat; außerdem läßt sie dem Exekutivsekretär eine Kopie des Einwands oder Kommentars zukommen. In dem Einwand ist darzulegen, weshalb die einwendende Vertragspartei der Ansicht ist, daß der vorliegende Fall die Anforderungen des Absatzes 3 dieses Beschlusses nicht erfüllt. Diese Darlegung ist durch wissenschaftliche und technische Beweisführungen zu untermauern. Der Exekutivsekretär leitet alle Einwände oder Kommentare an die anderen Vertragsparteien weiter.
4. Contracting Parties shall seek to resolve by mutual consultations any objections made under the previous paragraph. As soon as possible after such consultations, and in any event not later than the end of 22 weeks from the date on which the Executive Secretary circulated the notification to the Contracting Parties, the Contracting Party proposing to issue the permit shall inform the Executive Secretary of the outcome of the consultations. The Executive Secretary shall forward the information immediately to all other Contracting Parties.
4. Les Parties contractantes s'efforcent de régler, en se consultant réciproquement, les objections éventuellement faites conformément au paragraphe précédent. Dès que possible après ces consultations, et en tout état de cause au plus tard 22 semaines à compter de la date à laquelle le Secrétaire exécutif a diffusé la notification auprès des Parties contractantes, la Partie contractante qui propose d'accorder le permis avise le Secrétaire exécutif du résultat des consultations. Le Secrétaire exécutif communique sans délai à toutes les autres Parties contractantes l'information ainsi communiquée.
4. Die Vertragsparteien bemühen sich, alle aufgrund von Absatz 3 erhobenen Einwände durch gegenseitige Konsultationen zu beseitigen. Möglichst bald nach diesen Konsultationen und auf jeden Fall spätestens nach Ablauf von 22 Wochen ab dem Tag, an dem der Exekutivsekretär den Vertragsparteien die Notifikation zugeleitet hat, informiert die Vertragspartei, die die Erlaubnis zu erteilen beabsichtigt, den Exekutivsekretär über das Ergebnis der Konsultationen. Der Exekutivsekretär leitet die Informationen unverzüglich an alle anderen Vertragsparteien weiter.
5. If such consultations do not resolve the objection, the Contracting Party which objected may, with the support of at least two other Contracting Parties, request the Executive Secretary to arrange a special consultative meeting to discuss the objections raised. Such a request shall be made not later than the end of 24 weeks from the date on which the Executive Secretary circulated the notification to the Contracting Parties.
5. Si ces consultations n'aboutissent pas au règlement du problème, la Partie contractante qui objecte peut, avec le soutien d'au moins deux autres Parties contractantes, demander au Secrétaire exécutif d'organiser une réunion consultative spéciale afin de débattre des objections soulevées. Cette demande doit être faite dans un délai maximum de 24 semaines à compter de la date à laquelle le Secrétaire exécutif a diffusé la notification auprès des Parties contractantes.
5. Wird durch die Konsultationen der Einwand nicht ausgeräumt, so kann die ihn erhebende Vertragspartei mit Unterstützung von mindestens zwei weiteren Vertragsparteien den Exekutivsekretär ersuchen, die Abhaltung einer Sonderkonsultativtagung zur Erörterung der erhobenen Einwände zu veranlassen. Ein solches Ersuchen muß spätestens mit Ablauf von 24 Wochen nach dem Tag, an dem der Exekutivsekretär den Vertragsparteien die Notifikation zugeleitet hat, gestellt werden.
6. The Executive Secretary shall arrange for such a special consultative meeting to be held within 6 weeks of the request for it, unless the Contracting Party considering the issue of a permit agrees to an extension. The meeting shall be open to all Contracting Parties, the operator of the installation in question and all observers to the Commission. The meeting shall focus on the information provided in accordance with paragraphs 1 and 3 and during the consultations under paragraph 4. The chairman of the meeting shall be the Chairman of the Commission or a person appointed by the Chairman of the Commission. Any question
6. Le Secrétaire exécutif organise ladite réunion consultative spéciale, laquelle se tient dans un délai de 6 semaines à compter de la demande ayant été faite à cet effet, ceci à moins que la Partie contractante qui envisage d'accorder le permis n'accepte une prorogation de ce délai. La réunion est ouverte à toutes les Parties contractantes, à l'exploitant de l'installation concernée et à tous les observateurs auprès de la Commission. La réunion est axée sur les informations communiquées conformément aux paragraphes 1 et 3 ainsi qu'au cours des consultations évoquées au paragraphe 4. Le président de la réunion est le président de la Commis-
6. Der Exekutivsekretär veranlaßt die Abhaltung dieser Sonderkonsultativtagung innerhalb einer Frist von 6 Wochen nach dem Ersuchen, sofern nicht die Vertragspartei, welche die Erteilung einer Erlaubnis erwägt, einer Verlängerung zustimmt. Die Tagung steht allen Vertragsparteien, dem Betreiber der betreffenden Anlage und allen Beobachtern bei der Kommission offen. Im Mittelpunkt der Tagung stehen die Informationen, die nach Absatz 1 und 3 und im Verlauf der Konsultationen nach Absatz 4 zur Verfügung gestellt werden. Den Vorsitz führt der Vorsitzende der Kommission oder eine von ihm benannte Person. Alle Fragen

about the arrangements for the meeting shall be resolved by the chairman of the meeting.

7. The chairman of the meeting shall prepare a report of the views expressed at the meeting and any conclusions reached. That report shall be sent to all Contracting Parties within two weeks of the meeting.

8. The competent authority of the relevant Contracting Party may take a decision to issue a permit at any time after:

- a. the end of 16 weeks from the date of despatch of the copies under paragraph 2, if there are no objections at the end of that period;
- b. the end of 22 weeks from the date of despatch of the copies under paragraph 2, if any objections have been settled by mutual consultation under paragraph 4;
- c. the end of 24 weeks from the date of despatch of the copies under paragraph 2, if there is no request for a special consultative meeting under paragraph 5;
- d. receiving the report of the special consultative meeting from the chairman of that meeting.

9. Before making a decision with regard to any permit under paragraph 3 of this Decision, the competent authority of the relevant Contracting Party shall consider both the views and any conclusions recorded in the report of the special consultative meeting, and any views expressed by Contracting Parties in the course of this procedure.

10. Copies of all the documents which are to be sent to all Contracting Parties in accordance with this procedure shall also be sent to those observers to the Commission who have made a standing request for this to the Executive Secretary.

sion ou un mandataire nommé par celui-ci. Tout problème posé par les dispositions relatives à la tenue de la réunion est réglé par le président de la réunion.

7. Le président de la réunion dresse un rapport faisant état des points de vue exprimés à la réunion ainsi que des conclusions éventuellement tirées. Ledit rapport est expédié à toutes les Parties contractantes dans un délai de deux semaines après la réunion.

8. L'autorité compétente de la Partie contractante concernée peut prendre la décision d'octroyer un permis à tout moment après :

- a. expiration d'un délai de 16 semaines à compter de la date de la communication prévue au paragraphe 2, ceci dans la mesure où aucune objection ne subsiste à la fin de ce délai ;
- b. expiration d'un délai de 22 semaines à compter de la date de la communication prévue au paragraphe 2, ceci dans la mesure où les objections ont été levées par des consultations réciproques dans les conditions visées au paragraphe 4 ;
- c. expiration d'un délai de 24 semaines à compter de la date de la communication prévue au paragraphe 2, ceci dans la mesure où aucune demande de réunion consultative spéciale en vertu du paragraphe 5 n'a été faite ;
- d. avoir reçu le rapport de la réunion consultative spéciale dressé par le président de ladite réunion.

9. Avant de prendre une décision sur l'octroi de tout permis en vertu du paragraphe 3 de la présente décision, l'autorité compétente de la Partie contractante concernée considère tant les points de vue relevés dans le rapport de la réunion consultative spéciale ainsi que de toutes les conclusions qui y figurent, que les points de vue éventuellement exprimés par les Parties contractantes au cours de la présente procédure.

10. Des exemplaires de tous les documents devant être expédiés à toutes les Parties contractantes dans les conditions prévues par la présente procédure sont aussi expédiés aux observateurs auprès de la Commission qui en auront fait la demande systématique au Secrétaire exécutif.

bezüglich der Abwicklung der Tagung werden vom Vorsitzenden geregelt.

7. Der Vorsitzende der Tagung erstellt einen Bericht über die Meinungsäußerungen bei der Tagung sowie über alle erzielten Schlußfolgerungen. Dieser Bericht wird allen Vertragsparteien innerhalb von zwei Wochen nach der Tagung zugeleitet.

8. Eine Entscheidung über die Erteilung einer Erlaubnis kann von der zuständigen Behörde der betroffenen Vertragspartei jederzeit getroffen werden, nachdem

- a) 16 Wochen nach Absendung der Kopien gemäß Absatz 2 verstrichen sind und am Ende dieses Zeitraums keine Einwände vorliegen;
- b) 22 Wochen nach Absendung der Kopien gemäß Absatz 2 verstrichen sind und etwaige Einwände durch gegenseitige Konsultationen nach Absatz 4 ausgeräumt worden sind;
- c) 24 Wochen nach Absendung der Kopien gemäß Absatz 2 verstrichen sind und kein Ersuchen auf Abhaltung einer Sonderkonsultativtagung nach Absatz 5 vorliegt;
- d) der Bericht des Vorsitzenden der Sonderkonsultativtagung eingegangen ist.

9. Bevor die zuständige Behörde der betroffenen Vertragspartei eine Entscheidung im Hinblick auf eine Erlaubnis nach Absatz 3 dieses Beschlusses trifft, muß sie die Meinungsäußerungen und etwaigen Schlußfolgerungen in dem Bericht der Sonderkonsultativtagung sowie alle Meinungsäußerungen von Vertragsparteien im Verlauf dieses Verfahrens mit in Betracht ziehen.

10. Sämtliche Dokumente, die nach Maßgabe dieses Verfahrens allen Vertragsparteien zuzuleiten sind, werden auch denjenigen Beobachtern bei der Kommission zugeleitet, die in dieser Angelegenheit eine Daueranfrage an den Exekutivsekretär gerichtet haben.

ANNEX 4

ANNEXE 4

ANLAGE 4

PERMIT CONDITIONS AND
REPORTSCONDITIONS DU PERMIS ET
RAPPORTSBEDINGUNGEN FÜR
ERLAUBNISSE UND BERICHTE

1. Every permit issued in accordance with paragraph 3 of this Decision shall specify the terms and conditions under which the disposal at sea may take place, and shall provide a framework for assessing and ensuring compliance.
2. In particular, every permit shall:
 - a. specify the procedures to be adopted for the disposal of the installation;
 - b. require independent verification that the condition of the installation before the disposal operation starts is consistent both with the terms of the permit and with the information upon which the assessment of the proposed disposal was based;
 - c. specify any management measures that are required to prevent or mitigate adverse consequences of the disposal at sea;
 - d. require arrangements to be made, in accordance with any relevant international guidance, for indicating the presence of the installation on nautical charts, for advising mariners and appropriate hydrographic services of the change in the status of the installation, for marking the installation with any necessary aids to navigation and fisheries and for the maintenance of any such aids;
 - e. require arrangements to be made for any necessary monitoring of the condition of the installation, of the outcome of any management measures and of the impact of its disposal on the marine environment and for the publication of the results of such monitoring;
 - f. specify the responsibility for carrying out any management measures and monitoring activities required and for publishing reports on the results of any such monitoring;
 - g. specify the owner of the parts of the installation remaining in the maritime area and the person liable for meeting claims for future damage caused by those parts (if different from the owner) and the arrangements under which such claims can be pursued against the person liable.
1. Dans tout permis octroyé en vertu du paragraphe 3 de la présente décision il est fait état des conditions dans lesquelles l'élimination en mer peut avoir lieu, le permis constituant par ailleurs un schéma permettant d'apprécier la conformité des mesures prises et de s'assurer que les conditions sont respectées.
2. Notamment, le permis :
 - a. spécifiera les méthodes à adopter pour l'élimination de l'installation ;
 - b. exigera qu'avant le démarrage de l'opération d'élimination, l'installation fasse l'objet d'un contrôle indépendant de manière à s'assurer qu'elle est bien conforme, par son état, tant aux conditions du permis qu'aux éléments d'information sur lesquels l'évaluation de l'élimination ainsi proposée a été fondée ;
 - c. spécifiera toutes les mesures éventuelles de gestion qui s'imposent afin de prévenir ou d'atténuer les conséquences adverses de l'élimination en mer ;
 - d. stipulera les dispositions à prendre, conformément à toutes directives internationales, afin de signaler la présence d'installations sur les cartes marines, ainsi que d'aviser les gens de mer et les services hydrographiques compétents du changement de statut de l'installation, pour marquer l'installation par toutes les aides nécessaires à la navigation et aux pêcheries et pour entretenir ces aides ;
 - e. stipulera les dispositions à prendre afin d'assurer la surveillance voulue de l'état de l'installation, du résultat des mesures éventuelles de gestion ainsi que de l'impact que son élimination a sur le milieu marin, et de publier les résultats de cette surveillance ;
 - f. précisera les responsabilités quant à la réalisation de toutes mesures de gestion et opérations de surveillance ainsi que quant à la publication des rapports devant faire état des résultats de la surveillance susvisée ;
 - g. indiquera à qui appartiennent les parties de l'installation qui resteront dans la zone maritime et identifiera la personne (s'il ne s'agit pas du propriétaire) qui serait passible en cas de recours pour tout dommage futur qui serait provoqué par lesdites parties de l'installation, ainsi que les modalités
1. In jeder in Übereinstimmung mit Absatz 3 dieses Beschlusses erteilten Erlaubnis sind die Bedingungen festzulegen, unter denen die Entsorgung auf See stattfinden darf; außerdem soll die Rahmenbedingungen für die Beurteilung und Gewährleistung der Einhaltung liefern.
2. Insbesondere wird jede Erlaubnis
 - a) die zu beschließenden Verfahren für die Entsorgung der Anlage festlegen;
 - b) eine unabhängige Prüfung der Übereinstimmung des Zustands der Anlage vor Beginn der Entsorgungsarbeiten mit den Bedingungen der Erlaubnis und den Informationen, auf die sich die Beurteilung der geplanten Entsorgung stützt, verlangen;
 - c) alle erforderlichen Managementmaßnahmen zur Verhinderung oder Minderung der nachteiligen Auswirkungen der Entsorgung auf See nennen;
 - d) das Treffen von Vorkehrungen in Übereinstimmung mit einschlägigen internationalen Leitlinien verlangen, damit das Vorhandensein der Anlage auf Seekarten vermerkt wird, Seeleute und die zuständigen hydrographischen Dienste über die Änderung des Status der Anlage unterrichtet werden und die Anlage mit allen erforderlichen Seezeichen ausgestattet wird, für deren Wartung zu sorgen ist;
 - e) das Treffen von Vorkehrungen für eine erforderliche Überwachung des Zustands der Anlage, der Ergebnisse von Betreuungsmaßnahmen und der Auswirkungen der Entsorgung auf die Meeresumwelt sowie für die Veröffentlichung der Ergebnisse der Überwachung verlangen;
 - f) die Zuständigkeit für die Durchführung erforderlicher Betreuungsmaßnahmen und Überwachungstätigkeiten und für die Veröffentlichung von Berichten über die Ergebnisse einer solchen Überwachung festlegen;
 - g) den Eigentümer der im Meeresgebiet verbleibenden Anlagenteile und den Verantwortlichen für die Befriedigung künftiger Schadenersatzansprüche aufgrund dieser Teile (falls vom Eigentümer abweichend) sowie auch die Regelungen nennen, nach denen solche Ansprüche gegenüber dem

par lesquelles ces recours peuvent être exercés à l'encontre de la personne responsable.

Verantwortlichen oder dem Eigentümer verfolgt werden können.

3. Every report under paragraph 9 of this Decision shall set out:

- a. the reasons for the decision to issue a permit under paragraph 3;
- b. the extent to which the views recorded in the report of the special consultative meeting under paragraph 7 of Annex 3 to this Decision, or expressed by other Contracting Parties during the procedure under that Annex, were accepted by the competent authority of the relevant Contracting Party;
- c. the permit issued.

4. Every report under paragraph 10 of this Decision shall set out:

- a. the steps by which the disposal at sea was carried out;
- b. any immediate consequences of the disposal at sea which have been observed;
- c. any further information available on how any management measures, monitoring or publication required by the permit will be carried out.

3. Dans tout rapport fait conformément aux dispositions du paragraphe 9 de la présente décision, seront indiqués :

- a. les motifs de la décision d'accorder un permis en vertu du paragraphe 3 ;
- b. la mesure dans laquelle les points de vue relevés dans le rapport issu de la réunion consultative spéciale visé au paragraphe 7 de l'annexe 3 à la présente décision, ou les points de vue exprimés par d'autres Parties contractantes au cours de la procédure prévue par ladite annexe, ont été acceptés par l'autorité compétente de la Partie contractante concernée ;
- c. le permis accordé.

4. Dans tout rapport dressé en vertu du paragraphe 10 de la présente décision, il sera fait état :

- a. des diverses étapes de l'opération d'élimination en mer ;
- b. de toutes les conséquences immédiates de l'élimination en mer, telles qu'observées ;
- c. de tout renseignement complémentaire sur la façon dont il a été procédé aux mesures de gestion, à la surveillance ou à la publication, telles que stipulées par le permis.

3. Jeder nach Absatz 9 dieses Beschlusses vorzulegende Bericht hat folgendes zu enthalten:

- a) die Gründe für die Entscheidung, eine Erlaubnis gemäß Absatz 3 zu erteilen;
- b) Angaben darüber, inwieweit die Meinungsäußerungen in dem Bericht der Sonderkonsultativtagung gemäß Anlage 3 Absatz 7 dieses Beschlusses oder die von anderen Vertragsparteien geäußerten Meinungen im Verlauf des in dieser Anlage vorgesehenen Verfahrens von der zuständigen Behörde der betroffenen Vertragspartei akzeptiert wurden;
- c) die erteilte Erlaubnis.

4. Jeder nach Absatz 10 dieses Beschlusses vorzulegende Bericht hat folgendes zu enthalten:

- a) die unternommenen Schritte zur Durchführung der Entsorgung auf See;
- b) alle beobachteten unmittelbaren Folgen der Entsorgung auf See;
- c) alle sonstigen verfügbaren Informationen darüber, wie die aufgrund der Erlaubnis verlangten Betreuungsmaßnahmen, Überwachungen oder Bekanntmachungen durchgeführt werden.

Anhang 2 zur 1. OSPAR-Verordnung

OSPAR Decision 98/4

on Emission and Discharge Limit Values for the Manufacture of Vinyl Chloride Monomer (VCM) including the Manufacture of 1,2-dichloroethane (EDC)

RECALLING Article 2(1) of the Convention for the Protection of the Marine Environment of the North-East Atlantic ("OSPAR Convention");

RECALLING that the 1997/1998 Action Plan of the Oslo and Paris Commissions calls for the adoption of further measures, including the application of best available techniques (BAT) and best environmental practice (BEP), for the reduction or elimination of inputs to the maritime area from specific industrial sectors, and in considering these sectors, attention should be given in particular to activities which result in inputs of hazardous substances (especially organohalogen substances) and to the reduction of such inputs, with the aim of their elimination;

RECALLING that the Oslo and Paris Commissions published in 1996 a Description of BAT for the Vinyl Chloride Industry;

RECALLING PARCOM Recommendation 96/2 Concerning Best Available Techniques for the Manufacture Vinyl Chloride Monomer (VCM);

NOTING Council Directive 96/61/EC concerning integrated pollution prevention and control (IPPC Directive) and corresponding legislation of other Contracting Parties;

RECOGNISING that the vinyl chloride industry has the potential to release significant amounts of organohalogens to the environment;

RECOGNISING that the releases of chlorinated hydrocarbons arising in the manufacture of VCM can be minimised by applying BAT;

THE CONTRACTING PARTIES TO THE CONVENTION FOR THE PROTECTION OF THE MARINE ENVIRONMENT OF THE NORTH-EAST ATLANTIC DECIDE:

1. Definitions

For the purposes of this Decision:

"Chlorinated hydrocarbons"	means the sum of at least 1,2-dichloroethane (EDC), vinyl chloride monomer (VCM), chloroform, carbon tetrachloride, trichloroethane, methyl chloride and hexachlorobenzene.
"Existing plant"	means plant the operation of which was authorised before 9 February 1999.
"New plant"	means plant the operation of which was authorised on or after 9 February 1999.
"VCM-plant"	means plant manufacturing VCM and/or EDC from ethylene and chlorine and/or hydrochloric

OSPAR-Beschluß 98/4

Emissions- und Einleitungsgrenzwerte für die Herstellung von Vinylchloridmonomer (VCM), einschließlich der Herstellung von 1,2-Dichlorethan (EDC)

EINGEDENK des Artikels 2 Absatz 1 des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks ("OSPAR-Übereinkommen");

EINGEDENK der Tatsache, daß in dem Aktionsplan 1997/1998 der Kommissionen von Oslo und Paris die Annahme weiterer Maßnahmen, einschließlich der Anwendung der besten verfügbaren Techniken (BVT) und der besten Umweltpraxis (BUP), zur Reduzierung oder Beseitigung von Einträgen aus bestimmten Industriebereichen in das Meeresgebiet gefordert wird, und daß bei der Betrachtung dieser Bereiche den zu Einträgen gefährlicher Stoffe (insbesondere organischer Halogenverbindungen) führenden Tätigkeiten und der Reduzierung solcher Einträge besondere Beachtung geschenkt werden sollte mit dem Ziel, sie zu beseitigen;

EINGEDENK der von den Kommissionen von Oslo und Paris 1996 veröffentlichten Beschreibung von BVT für die Vinylchloridindustrie;

EINGEDENK der PARCOM-Empfehlung 96/2 bezüglich der besten verfügbaren Techniken für die Herstellung von Vinylchloridmonomer (VCM);

IN ANBETRACHT der Richtlinie 96/61/EG des Rates über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (IVU-Richtlinie) und entsprechender Rechtsvorschriften anderer Vertragsparteien;

IN DER ERKENNTNIS, daß die Vinylchloridindustrie eine bedeutende potentielle Quelle organischer Halogenverbindungen in die Umwelt darstellt;

IN DER ERKENNTNIS, daß die Freisetzungen von Chlorkohlenwasserstoffen bei der Herstellung von VCM durch Anwendung von BVT auf ein Mindestmaß reduziert werden können -

BESCHLIESSEN DIE VERTRAGSPARTEIEN DES ÜBEREINKOMMENS ZUM SCHUTZ DER MEERESUMWELT DES NORDOSTATLANTIKS FOLGENDES:

1. Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Beschlusses bedeutet:

"Chlorierte Kohlenwasserstoffe"	die Summe von mindestens 1,2-Dichlorethan (EDC), Vinylchloridmonomer (VCM), Chloroform, Tetrachlorkohlenstoff, Trichlorethan, Methylchlorid und Hexachlorbenzol.
"bestehende Anlage"	eine Anlage, deren Betrieb vor dem 9. Februar 1999 genehmigt wurde.
"neue Anlage"	eine Anlage, deren Betrieb am oder nach dem 9. Februar 1999 genehmigt wurde.
"VCM-Anlage"	eine Anlage zur Herstellung von VCM und/oder EDC aus Ethylen und Chlor und/oder

acid (HCl) as feedstock.

"Dioxins" means polychlorinated dibenzo-p-dioxins and polychlorinated dibenzofuranes, reported as Toxic Equivalents (TEQ)

"Fugitive emissions" means releases into air due to leakages

2. Scope

- 2.1 The purpose of this Decision is to prevent and eliminate pollution and to take the necessary measures to protect the maritime area against the adverse effects of human activities due to the manufacture of VCM including the manufacture of EDC.
- 2.2 This Decision lays down limit values for releases of certain hazardous substances into water and air from the manufacturing process of VCM including EDC from ethylene and chlorine and/or HCl as feedstock.
- 2.3 The discharge limit values in table 3.2 apply only to VCM-plants from which discharges may reach the maritime area of the OSPAR Convention by waterborne routes.
- 2.4 The emission limit values in table 3.1 apply to all VCM-plants of Contracting Parties.

3. Programmes and Measures

3.1 General provisions

- 3.1.1 The annual averages of emissions from VCM-plants to the air shall not exceed the emission limit values in table 3.1.
- 3.1.2 The annual averages of discharges from VCM-plants to the water environment shall not exceed the discharge limit values in table 3.2.
- 3.1.3 The dilution of treated or untreated waste air or waste water streams for the purpose of compliance with limit values as set out in §§ 3.2 and 3.3 shall not be permitted.

3.2 Emissions to air:

- 3.2.1 Potential point sources of gas emissions from the installation/equipment shall be collected as far as possible for treatment in an incinerator or in equipment with comparable performance.

Table 3.1: Emission Limit Values

Substance	Limit value ¹⁾
VCM	5 mg/Nm ³
EDC	5 mg/Nm ³
Dioxins	0,1 ng/Nm ³ (TEQ)
HCl	30 mg/Nm ³

¹⁾ Standardised at the following conditions: temperature 273 °K, pressure 101,3 kPa and 11% O₂ dry gas.

Fugitive emissions to air shall be minimised as far as possible.

Salzsäure (HCl) als Einsatzstoff.

"Dioxine" polychlorierte Dibenzo-p-dioxine und polychlorierte Dibenzofurane, angegeben als Toxizitätsäquivalente (TEQ).

"flüchtige Emissionen" Freisetzungen in die Luft aufgrund von Leckagen.

2. Regelungsbereich

- 2.1 Zweck dieses Beschlusses ist, Verschmutzungen zu verhüten und zu beseitigen und alle notwendigen Maßnahmen zum Schutz des Meeresgebietes vor den nachteiligen Auswirkungen menschlicher Tätigkeiten aufgrund der Herstellung von VCM, einschließlich der Herstellung von EDC, zu treffen.
- 2.2 Dieser Beschluß legt Grenzwerte für Freisetzungen bestimmter gefährlicher Stoffe in die Gewässer und in die Luft fest, die aus der Herstellung von VCM einschließlich EDC aus Ethylen und Chlor und/oder Salzsäure als Einsatzstoff herrühren.
- 2.3 Die Einleitungsgrenzwerte in Tabelle 3.2 gelten nur für VCM-Anlagen, deren Einleitungen über die Gewässer in das Meeresgebiet des OSPAR-Übereinkommens gelangen können.
- 2.4 Die Emissionsgrenzwerte in Tabelle 3.1 gelten für alle VCM-Anlagen der Vertragsparteien.

3. Programme und Maßnahmen

3.1 Allgemeine Bestimmungen

- 3.1.1 Die Emissionen aus VCM-Anlagen in die Luft dürfen im Jahresdurchschnitt die Emissionsgrenzwerte in Tabelle 3.1 nicht überschreiten.
- 3.1.2 Die Einleitungen aus VCM-Anlagen in die Gewässer dürfen im Jahresdurchschnitt die Einleitungsgrenzwerte in Tabelle 3.2 nicht überschreiten.
- 3.1.3 Die Verdünnung behandelter oder unbehandelter Abgas- oder Abwasserströme zwecks Einhaltung der Grenzwerte nach Abs. 3.2 und 3.3 ist nicht zulässig.

3.2 Emissionen in die Luft

- 3.2.1 Potentielle Punktquellen von Gasemissionen aus der Anlage/Einrichtung sind nach Möglichkeit aufzufangen und in einer Verbrennungsanlage oder einer Einrichtung mit vergleichbarer Leistung zu behandeln.

Tabelle 3.1 Emissionsgrenzwerte

Stoff	Grenzwert ¹⁾
VCM	5 mg/Nm ³
EDC	5 mg/Nm ³
Dioxine	0,1 ng/Nm ³ (TEQ)
HCl	30 mg/Nm ³

¹⁾ Standardisiert bei folgenden Bedingungen: Temperatur 273 °K, Druck 101,3 kPa und 11% O₂ Trockengas

Flüchtige Emissionen in die Luft sind so weit wie möglich zu vermeiden.

3.3 Discharges to water (total of aqueous waste streams)

3.3 Einleitungen in Gewässer (Gesamtabwasser)

Table 3.2: Discharge Limit Values

Substance	Sampling Point	concentration	Limit values releases in unit of weight per tonne
Chlorinated hydrocarbons	after stripper, before secondary treatment		0,7 g/tonne EDC purification capacity
Copper (total)	after final treatment		for plants with fixed bed reactors: 0,5 g/tonne of oxychlorination capacity for plants with fluidised bed reactors: 1,0 g/tonne of oxychlorination capacity
Dioxins	after final treatment		1 µg TEQ per tonne oxychlorination capacity
Chemical Oxygen Demand (COD)	after final treatment	250 mg/litre	

Tabelle 3.2: Einleitungsgrenzwerte

Stoff	Probennahmepunkt	Konzentration	Grenzwerte Freisetzung in Gewichtseinheit pro Tonne
Chlorierte Kohlenwasserstoffe	nach dem Stripper, vor der weiteren Behandlung		0,7 g/Tonne EDC Reinigungskapazität
Kupfer (Gesamt)	nach der Endbehandlung		bei Anlagen mit Festbettreaktoren: 0,5 g/Tonne Oxychlorierungskapazität bei Anlagen mit Wirbelschichtreaktoren: 1,0 g/Tonne Oxychlorierungskapazität
Dioxine	nach der Endbehandlung		1 µg TEQ je Tonne Oxychlorierungskapazität
Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB)	nach der Endbehandlung	250 mg/Liter	

3.3.1 Adsorbable organic halogen compounds (AOX) or extractable organic halogen compounds (EOX) can be used as optional alternative parameters for chlorinated hydrocarbons, provided that a correlation, on a plant by plant basis, between AOX or EOX and chlorinated hydrocarbons has been established and will be reported in the reporting on implementation. On sites where no VCM is manufactured and EDC is not purified, the discharge limits for chlorinated hydrocarbons shall be defined in terms of EDC production capacity and not in terms of EDC purification capacity.

3.3.1 Adsorbierbare organische Halogenverbindungen (AOX) oder extrahierbare organische Halogenverbindungen (EOX) können als fakultative Alternativparameter für Chlorkohlenwasserstoffe verwendet werden, sofern zwischen AOX oder EOX und den Chlorkohlenwasserstoffen eine Korrelation auf Einzelanlagenbasis hergestellt worden ist und in der Berichterstattung über die Umsetzung angegeben wird. An Standorten, an denen kein VCM hergestellt und kein EDC gereinigt wird, sind die Einleitungsgrenzwerte für Chlorkohlenwasserstoffe nach der EDC-Produktionskapazität und nicht nach der EDC-Reinigungskapazität festzusetzen.

3.3.2 As copper discharges are related only to oxychlorination technology, their limits shall only be applied to discharges of the oxychlorination processes for VCM/EDC production.

3.3.2 Da Kupfereinleitungen nur die Oxychlorierungstechnik betreffen, sind Grenzwerte hierfür nur auf Einleitungen aus den Oxychlorierungsprozessen der VCM-/EDC-Produktion anzuwenden.

3.3.3 On sites where no VCM is manufactured and oxychlorination processes are not used for VCM/EDC production, the discharge limits for dioxins shall be defined in terms of EDC production capacity. In this case, the limit value shall be 0,1 µg TEQ per tonne of EDC production capacity.

3.3.3 An Standorten, an denen kein VCM hergestellt und bei der VCM-/EDC-Herstellung keine Oxychlorierungsprozesse verwendet werden, sind die Einleitungsgrenzwerte für Dioxine nach der EDC-Produktionskapazität festzulegen. In diesem Fall beträgt der Grenzwert 0,1 µg TEQ je Tonne EDC-Produktionskapazität.

3.3.4 As an alternative to the discharge limit value of 250 mg/litre for COD, a 90% reduction of the load of COD may be applied.

3.3.4 Als Alternative zu dem Einleitungsgrenzwert von 250 mg/Liter für CSB kann eine 90%ige Reduzierung der CSB-Fracht zugrunde gelegt werden.

3.3.5 As an alternative to COD as parameter, total organic carbon (TOC) may be used as a control parameter, provided a correlation factor between COD and TOC has been established.

3.3.5 Als Alternative zum Parameter CSB kann der Gesamtgehalt an organisch gebundenem Kohlenstoff (TOC) als Kontrollparameter verwendet werden, sofern zwischen CSB und TOC ein Korrelationsfaktor festgelegt worden ist.

3.4 Sampling

3.4 Probenahme

3.4.1 Samples shall be taken for analysis on the following bases:

3.4.1 Die Probenahme zu Analysezwecken hat nach folgenden Vorgaben zu erfolgen:

- for emissions to the atmosphere, a sample, or a number of samples, representative of such emissions over a period of one hour;
- for discharges to water, a sample, or a number of sam-

- für Emissionen in die Atmosphäre eine repräsentative Probe oder Probenreihe dieser Emissionen über einen Zeitraum von einer Stunde;
- für Gewässereinleitungen eine repräsentative Probe oder

ples, representative of such discharges over a period of one day. Analysis of chlorinated hydrocarbons (or AOX or EOX) shall be performed on the basis of spot samples over a period of one day.

3.4.2 The frequency of analysis shall be determined by the competent authorities taking into account the results obtained.

3.4.3 For dioxins, one analysis per year can be sufficient, provided that the sampling procedure ensures representative samples.

3.4.4 Water samples shall be homogenised, unfiltered and undecanted, where this is compatible with the analytical methodology specified in table 3.3.

3.5 Analyses

3.5.1 The analytical methods set out in table 3.3, or methods yielding equivalent results, shall be used:

Table 3.3: Analytical Methods

COD	to be analysed by using potassium dichromate oxidation (See ISO 6060, second edition)
TOC	to be analysed in accordance with EN 1484
AOX, EOX	to be analysed according to ISO 9562 and EN 1485
Cu (total)	to be analysed by using flame atomic absorption spectrometry (See ISO 8288: Water Quality – determination of cobalt, nickel, copper, zinc, cadmium and lead. - Flame atomic absorption spectrometric methods)
EDC	to be analysed by gas chromatography
VCM	to be analysed by gas chromatography
Dioxins	to be analysed according to EN 1948 parts 1-3
Chlorinated hydrocarbons	to be analysed by gas chromatography
Fugitive emissions	to be quantified by using appropriate methods (e.g. by using a trace gas technique)

4. Entry into force

4.1 This Decision enters into force on 9 February 1999 for new plants and on 1 January 2006 for existing plants. The programmes and measures of this Decision shall be applied to:

- new plants from 9 February 1999;
- existing plants from 1 January 2006.

4.2 In the case of technical modifications to an existing VCM-plant, the competent authorities shall decide whether the provisions for existing plants in this Decision still apply to the modified plant.

Probenreihe dieser Einleitungen über einen Zeitraum von einem Tag. Die Analyse von Chlorkohlenwasserstoffen (oder AOX bzw. EOX) ist anhand von Stichprobenahmen über einen Zeitraum von einem Tag durchzuführen.

3.4.2 Die Analysenhäufigkeit ist von den zuständigen Behörden unter Berücksichtigung der ermittelten Ergebnisse zu bestimmen.

3.4.3 Wenn das Probenahmeverfahren repräsentative Proben garantiert, kann für Dioxine eine Analyse pro Jahr genügen.

3.4.4 Soweit mit den in Tabelle 3.3 genannten Analyseverfahren vereinbar, müssen die Wasserproben homogenisiert, ungefiltert und undekantiert sein.

3.5 Analysen

3.5.1 Es sind die in Tabelle 3.3 genannten Analyseverfahren oder Verfahren mit äquivalenten Ergebnissen anzuwenden:

Tabelle 3.3: Analyseverfahren

CSB	Analyse mittels Kaliumdichromatoxidation (Siehe ISO 6060, 2. Ausgabe)
TOC	Analyse gemäß EN 1484
AOX, EOX	Analyse gemäß ISO 9562 und EN 1485
Cu (Gesamt)	Analyse mittels Flammen-AAS (See ISO 8288: Gewässergüte – Bestimmung von Cobalt, Nickel, Kupfer, Zink, Cadmium und Blei. - Flammen-Atomabsorptions-Spektroskopie)
EDC	Analyse mittels Gaschromatografie
VCM	Analyse mittels Gaschromatografie
Dioxine	Analyse gemäß EN 1948 Teil 1-3
Chlorierte Kohlenwasserstoffe	Analyse mittels Gaschromatografie
Flüchtige Emissionen	Quantifizierung mittels geeigneter Verfahren (z.B. anhand einer Spurengastechnik)

4. Inkrafttreten

4.1 Dieser Beschluß tritt für neue Anlagen am 9. Februar 1999 und für bestehende Anlagen am 1. Januar 2006 in Kraft. Die Programme und Maßnahmen dieses Beschlusses sind wie folgt anzuwenden:

- bei neuen Anlagen ab 9. Februar 1999;
- bei bestehenden Anlagen ab 1. Januar 2006.

4.2 Sollten an einer bestehenden Anlage technische Änderungen vorgenommen werden, haben die zuständigen Behörden zu entscheiden, ob die für bestehende Anlagen geltenden Bestimmungen dieses Beschlusses für die geänderte Anlage weitergelten.

5. Implementation reports

- 5.1 Reports on the implementation of this Decision shall be submitted to the appropriate OSPAR working group in accordance with OSPAR's Standard Implementation Reporting and Assessment Procedure. In respect of existing plants this reporting shall commence in the intersessional period 2007/2008.
- 5.2 When reporting on implementation, the format as set out in the Appendix should be used to the extent possible.

5. Umsetzungsberichte

- 5.1 Berichte über die Umsetzung dieses Beschlusses sind der zuständigen OSPAR-Arbeitsgruppe nach Maßgabe des OSPAR-Standardverfahrens für die Berichterstattung und Bewertung vorzulegen. Bei bestehenden Anlagen beginnt diese Berichterstattung zwischen den OSPAR-Sitzungen 2007/2008.
- 5.2 Zur Berichterstattung über die Umsetzung sollte soweit wie möglich das im Anhang wiedergegebene Formblatt verwendet werden.

Appendix

Anhang

Format for Implementation Reports of OSPAR Decision 98/4 on Emission and Discharge Limit Values for the Manufacture of Vinyl Chloride Monomer (VCM) (including Manufacture of 1,2-dichloroethane (EDC))

Formblatt für die Berichterstattung über die Umsetzung des OSPAR-Beschlusses 98/4 bezüglich Emissions- und Einleitungsgrenzwerten für die Herstellung von Vinylchloridmonomer (VCM) (einschließlich der Herstellung von 1,2-Dichlorethan (EDC))

I. Implementation Report on Compliance

I. Bericht über die Umsetzung des Beschlusses

Country:
Land:

Reservation applies
Bestehender Vorbehalt

Is measure applicable in your country?
Findet die Maßnahme in Ihrem Land Anwendung?

If not applicable, then state why not (e.g. no relevant plant)
Falls nicht, Gründe angeben (z.B. kein entsprechender Betrieb)

Means of Implementation:
Mittel zur Umsetzung:

by legislation gesetzliches Regelwerk	by administrative action untergesetzliches Regelwerk	by negotiated agreement freiwillige Vereinbarung
yes/no ¹ ja/nein ¹	yes/no ¹ ja/nein ¹	yes/no ¹ ja/nein ¹

Please provide information on:

Angaben über:

- specific measures taken to give effect to this measure;
- any special difficulties encountered, such as practical or legal problems, in the implementation of this measure;
- the reasons for not having fully implemented this measure should be spelt out clearly and plans for full implementation should be reported.

- zur Umsetzung dieser Maßnahme unternommene spezifische Schritte;
- Schwierigkeiten wie praktische oder rechtliche Hindernisse bei der Umsetzung dieser Maßnahme;
- die Gründe für eine unvollständige Umsetzung dieser Maßnahme sowie Angaben dazu, was für eine vollständige Umsetzung vorgesehen ist.

¹ Delete as appropriate

¹ Unzutreffendes streichen.

II. Implementation Report on Effectiveness

Contracting Parties should endeavour to report also the following items in accordance with the reporting format.

Emissions into the atmosphere

(annual averages, accompanied by appropriate statistical information)

II. Bericht über die Wirksamkeit

Die Vertragsparteien sollten sich bemühen, in dem Formblatt für die Berichterstattung auch Angaben zu den folgenden Punkten zu machen:

Emissionen in die Atmosphäre

(Jahresdurchschnitt mit entsprechenden statistischen Angaben)

Plant/site Anlage/Standort	Production ^a Produktion ^a (tonnes) / (Tonnen)	EDC (mg/m ³)	VCM (mg/m ³)	HCl (mg/m ³)	Dioxins Dioxine (ng/Nm ³ (TEQ))

Discharges into water

(annual averages, accompanied by appropriate statistical information)

Gewässereinleitungen

(Jahresdurchschnitt mit entsprechenden statistischen Angaben)

Plant / site Anlage / Standort	Chlorinated hydrocarbons (g/tonne EDC purification capacity) ^b Chlorierte Kohlenwasserstoffe (g/Tonne EDC Reinigungskapazität) ^b	Cu (total) (g/tonne of oxychlorination capacity) ^c Cu (Gesamt) (g/Tonne Oxychlorierungskapazität) ^c		Dioxins (µg TEQ per tonne oxychlorination capacity) ^c Dioxine (µg TEQ pro Tonne Oxychlorierungskapazität)	COD (mg/l) ^c CSB (mg/l) ^c
		fixed bed Festbett	fluidised bed Wirbelschicht		

- ^a Production in tonnes for the year of reporting can be given either as:
- Actual production of VCM or EDC (indicate as "A-VCM" or "A-EDC");
 - Production capacity of VCM (indicate as "PC-VCM");
 - Production capacity of EDC (indicate as "PC-EDC");
 - EDC purification capacity (indicate as "PU-EDC"), or
 - Oxychlorination capacity (indicate as "O-C")

^b Chlorinated hydrocarbons (to be sampled after stripper, before secondary treatment) may alternatively be calculated from AOX or EOX if a correlation, on a plant-by-plant basis, has been established. The application of those alternatives should be described in the implementation report.

^c To be sampled after final treatment.

- ^a Angabe der Produktion in Tonnen für das Berichtsjahr entweder als:
- effektive VCM- oder EDC-Produktion (als "A-VCM" oder "A-EDC");
 - VCM-Produktionskapazität (als "PC-VCM");
 - EDC-Produktionskapazität (als "PC-EDC");
 - EDC-Reinigungsleistung (als "PU-EDC") oder
 - Oxychlorierungsleistung (als "O-C").

^b Chlorkohlenwasserstoffe (Probenahme nach dem Stripper vor der weiteren Behandlung) können alternativ mittels AOX oder EOX berechnet werden, wenn eine Korrelation auf Einzelanlagebasis hergestellt worden ist. Die Anwendung dieser Alternativen sollte in dem Umsetzungsbericht beschrieben werden.

^c Probenahme nach der Endbehandlung.

Décision OSPAR 98/4

sur les plafonds d'émission et de rejet applicables à la fabrication du chlorure de vinyle monomère (CVM), y compris la fabrication du 1,2-dichloroéthane (DCE)

RAPPELANT le paragraphe 1 de l'article 2 de la Convention pour la protection du milieu marin de l'Atlantique du Nord-Est („Convention OSPAR“);

RAPPELANT que le plan d'action 1997/1998 des Commissions d'Oslo et de Paris en appelle à l'adoption de nouvelles mesures, et notamment l'application des meilleures techniques disponibles (BAT) et de la meilleure pratique environnementale (BEP) afin de réduire ou de supprimer les apports provenant de certains secteurs industriels à la zone maritime, et signale qu'en considérant ces secteurs, l'attention doit tout particulièrement se porter sur les activités engendrant des apports de substances dangereuses (surtout de substances organohalogénées) et sur la réduction de tels apports, aux fins de leur élimination;

RAPPELANT que les Commissions d'Oslo et de Paris ont publié une description des BAT dans le secteur du chlorure de vinyle en 1996;

RAPPELANT la Recommandation PARCOM 96/2 sur les meilleures techniques disponibles dans la fabrication du chlorure de vinyle monomère (CVM);

NOTANT la directive du Conseil 96/61/CE, relative à la prévention et au contrôle intégrés de la pollution (ou directive IPPC), et les lois correspondantes des autres Parties contractantes;

RECONNAISSANT que l'industrie du chlorure de vinyle est susceptible de libérer des quantités significatives d'organohalogénés dans l'environnement;

RECONNAISSANT que les émissions d'hydrocarbures chlorés issus de la fabrication du CVM peuvent être minimisées en mettant en œuvre les BAT;

Les Parties contractantes à la Convention pour la protection du milieu marin de l'Atlantique du Nord-Est DECIDENT :

1. Définitions

Aux fins de la présente décision :

"Hydrocarbures chlorés" désigne la somme, au minimum, du 1,2 dichloroéthane (DCE), du chlorure de vinyle monomère (CVM), du chloroforme, du tétrachlorure de carbone, du trichloroéthane, du chlorure de méthyle et de l'hexachlorobenzène.

"Installation existante" désigne une installation dont l'exploitation a été autorisée avant le 9 février 1999.

"Installation nouvelle" désigne une installation dont l'exploitation a été autorisée le 9 février 1999 ou après.

"Installation de CVM" désigne une installation fabriquant du CVM et/ou du DCE à partir d'une charge d'alimentation composée d'éthylène et de chlore et/ou d'acide chlorhydrique (HCl).

"Dioxines" désigne les polychlorodibenzo-p-dioxines ainsi que les polychlorodibenzofuranes, exprimés sous forme d'équivalents toxiques internationaux (TEQ).

"Emissions fugitives" désigne les émissions dans l'atmosphère dues aux fuites.

2. Champ d'application

2.1 La présente décision a pour but de prévenir et de supprimer la pollution, ainsi que de prendre des mesures propres à protéger la zone maritime contre les effets préjudiciables des activités de l'homme, dans le domaine de la fabrication du CVM, y compris la fabrication du DCE.

2.2 La présente décision fixe les plafonds d'émission et de rejet de certaines substances dangereuses dans les eaux et dans l'atmosphère, telles qu'émanant du procédé de fabrication du CVM, dont le DCE à partir d'une charge d'alimentation composée d'éthylène et de chlore et/ou de HCl.

2.3 Les plafonds de rejet tels qu'indiqués au tableau 3.2 ne s'appliquent qu'aux installations de fabrication de CVM, desquelles des rejets peuvent aboutir à la zone maritime de la Convention OSPAR par voie d'eau.

2.4 Les plafonds d'émission tels qu'indiqués au tableau 3.1 s'appliquent à toutes les installations de fabrication de CVM implantées sur les territoires des Parties contractantes.

3. Programmes et mesures

3.1 Généralités

3.1.1 Les moyennes annuelles d'émission des installations de fabrication de CVM dans l'atmosphère ne pourront dépasser les plafonds d'émission tels qu'indiqués au tableau 3.1.

3.1.2 Les moyennes annuelles de rejet des installations de fabrication de CVM dans l'eau ne pourront dépasser les plafonds de rejet tels qu'indiqués au tableau 3.2.

3.1.3 La dilution des gaz perdus ou des eaux usées, traités ou non dans le but d'une mise en conformité aux plafonds tels que visés aux paragraphes 3.2 et 3.3, ne sera pas autorisée.

3.2 Emissions atmosphériques

3.2.1 Les gaz susceptibles de provenir de sources ponctuelles à l'installation ou à l'équipement seront recueillis dans toute la mesure du possible, afin d'être traités dans un incinérateur ou dans un équipement au rendement analogue.

Tableau 3.1 : Plafonds d'émission

Substance	Plafond ¹⁾
CVM	5 mg/Nm ³
DCE	5 mg/Nm ³
Dioxines	0,1 ng/Nm ³ (I-TEQ)
HCl	30 mg/Nm ³

¹⁾ Normalisés aux conditions suivantes : température de 273°K, pression 101,3 kPa et 11% d'oxygène sec.

Dans toute la mesure du possible, on minimisera les émissions fugitives dans l'atmosphère.

3.3 Rejets dans les eaux (effluents aqueux entiers)

Tableau 3.2 : Plafonds de rejet

Substance	Point d'échantillonnage	Teneur	Plafonds Emissions en unité de poids par tonne
Hydrocarbures chlorés	après désessencement, avant traitement secondaire		0,7 g/tonne de capacité de purification du DCE
Cuivre (total)	après traitement final		installations avec réacteurs à lit fixe : 0,5 g/tonne de capacité d'oxychloration installations avec réacteurs à lit fluidisé : 1,0 g/tonne de capacité d'oxychloration
Dioxines	après traitement final		1 µg TEQ par tonne de capacité d'oxychloration
Demande chimique en oxygène (DCO)	après traitement final	250 mg/litre	

3.3.1 Les composés organohalogénés adsorbables (AOX) ou extractibles (EOX) peuvent être pris comme paramètres optionnels à titre d'alternative supplémentaire aux hydrocarbures chlorés, sous réserve qu'une corrélation ait été établie, par installation, entre les AOX ou EOX et les hydrocarbures chlorés et que celles-ci soient notifiées lors de la soumission des rapports de mise en œuvre. Dans le cas des installations ne fabricant pas de CVM et ne purifiant pas de DCE, les plafonds de rejet des hydrocarbures chlorés seront définis en termes de capacité de production de DCE et non en termes de capacité de purification de DCE.

3.3.2 Les rejets de cuivre n'étant liés qu'à la technologie d'oxychloration, leurs plafonds ne seront appliqués qu'aux rejets des procédés d'oxychloration dans la production du CVM/DCE.

3.3.3 En ce qui concerne les installations ne fabricant pas de CVM et n'ayant pas recours à l'oxychloration pour fabriquer du CVM/DCE, les plafonds de rejet de dioxines seront définis en termes de capacité de production de DCE. Dans ce cas, le plafond sera de 0,1 µg TEQ par tonne de capacité de production de DCE.

3.3.4 A titre d'alternative au plafond de rejet de 250 mg/litre applicable à la DCO, une réduction de 90% de la charge en DCO peut être appliquée.

3.3.5 A titre d'alternative de la DCO comme paramètre, le carbone organique total (COT) peut être pris comme paramètre de contrôle, ceci sous réserve qu'un coefficient de corrélation entre la DCO et le COT ait été établi.

3.4 Echantillonnage

3.4.1 Aux fins d'analyse, il conviendrait de prendre des échantillons suivants :

- dans le cas des émissions dans l'atmosphère, un échantillon ou un nombre d'échantillons sera prélevé, échantillon(s) représentatif(s) de telles émissions sur une période d'une heure ;
- dans le cas des rejets dans les eaux, un échantillon ou un nombre d'échantillons sera prélevé, échantillon(s) représentatif(s) de tels rejets sur une période d'une journée. L'analyse des hydrocarbures chlorés (ou des AOX ou des

EOX) sera faite sur des échantillons aléatoires prises sur une période d'une journée.

3.4.2 La fréquence des analyses sera déterminée par les autorités compétentes, en tenant compte des résultats obtenus.

3.4.3 En ce qui concerne les dioxines, une analyse annuelle peut suffire, sous réserve que la méthode d'échantillonnage permette d'obtenir des échantillons représentatifs.

3.4.4 Les échantillons d'eau seront homogénéisés, non filtrés et non décantés, où cela est compatible avec la méthodologie analytique spécifiée au tableau 3.3.

3.5 Analyses

3.5.1 Les méthodes d'analyse indiquées au tableau 3.3, ou des méthodes donnant des résultats équivalents, seront appliquées :

Tableau 3.3 : méthodes d'analyse

DCO	à analyser par oxydation au bichromate de potassium (voir ISO 6060, deuxième édition).
COT	à analyser conformément à la norme EN 1484
AOX, EOX	à analyser conformément aux normes ISO 9562 et EN 1485
Cu (total)	à analyser par spectrométrie d'absorption atomique de flammes (voir ISO 8288 : Qualité de l'eau - dosage du cobalt, du nickel, du cuivre, du zinc, du cadmium et du plomb. - Méthodes spectrométriques d'absorption atomique de flammes)
DCE	à analyser par chromatographie en phase gazeuse
CVM	à analyser par chromatographie en phase gazeuse
Dioxine	à doser conformément à la norme EN 1948, parties 1 à 3
Hydrocarbures chlorés	à analyser par chromatographie en phase gazeuse
Emissions fugitives	à quantifier par des méthodes appropriées (p.ex., par une technique de dosage des gaz en traces.)

4. Entrée en vigueur

4.1 La présente décision entrera en vigueur le 9 février 1999 dans le cas des nouvelles installations, et le 1er janvier 2006 dans celui des installations existantes. Les programmes et mesures de cette Décision seront appliqués :

- aux nouvelles installations à partir du 9 février 1999 ;
- aux installations existantes à partir du 1er janvier 2006.

4.2 En cas de modification technique d'une installation existante de CVM, les autorités compétentes décideront si dans la présente décision les dispositions pour les installations existantes continueront de s'appliquer à l'installation ainsi modifiée.

5. Rapports de mise en œuvre

5.1 Les rapports de mise en œuvre de la présente décision seront remis au groupe de travail OSPAR ayant compétence dans ce domaine, ceci dans les conditions prévues par la procédure OSPAR normalisée de notification et d'évaluation de la mise en œuvre. Dans le cas des installations existantes, les rapports seront remis pendant l'intersession 2007/2008.

5.2 Pour rendre compte de la mise en œuvre, il sera fait usage, dans toute la mesure du possible, du formulaire figurant en appendice.

Appendice

Formulaire de rapports de mise en œuvre de la décision OSPAR 98/4 sur les plafonds d'émission et de rejet applicables à la fabrication du chlorure de vinyle monomère (CVM) (dont à la fabrication du 1,2-dichloroéthane (DCE))

I. Rapport de mise en conformité

Pays :

Une réserve s'applique :

La mesure est-elle applicable dans votre pays ?

Si elle ne l'est pas, préciser pour quelle raison (p.ex. il n'y a pas d'installation à laquelle elle pourrait s'appliquer)

.....

.....

.....

Mode de mise en œuvre :

législation	mesure administrative	accord négocié

Bien vouloir donner des renseignements sur les éléments suivants :

- mesures prises spécifiquement afin de donner effet à la présente mesure ;
- difficultés particulières qui se sont présentées, telles que problèmes pratiques ou juridiques, dans l'application de la présente mesure ;
- les raisons pour lesquelles la présente mesure n'a pas été pleinement appliquée doivent être clairement indiquées, de même que ce qui est prévu pour la mettre pleinement en œuvre.

.....

.....

.....

¹ Biffer la mention inutile.

II. Rapport d'efficacité de la mise en œuvre

Les Parties contractantes s'efforceront de donner les renseignements suivants, conformément au formulaire de notification.

Emissions atmosphériques

(moyennes annuelles, accompagnées de statistiques à l'appui)

Usine/Complexe	Production ^a (tonnes)	DCE (mg/m ³)	CVM (mg/m ³)	HCl (mg/m ³)	Dioxines (ng/Nm ³ (TEQ))

Rejets dans les eaux

(moyennes annuelles, accompagnées de statistiques à l'appui)

Usine/Complexe	Hydrocarbures chlorés (g/tonne de capacité de purification de DCE ^b)	Cu (total) (g/tonne de capacité d'oxychloration) ^c		Dioxines (µg TEQ par tonne de capacité d'oxychloration) ^c	DCO (mg/l) ^c
		lit fixe	lit fluidisé		

- ^a Le tonnage fabriqué pendant l'année objet de la notification peut être indiqué sous les formes suivantes :
- production effective de CVM ou DCE (à indiquer sous la forme de "A-CVM" ou "A-DCE") ;
 - capacité de production de CVM (à indiquer sous la forme de "PC-CVM") ;
 - capacité de production DCE (à indiquer sous la forme de "PC-DCE") ;
 - capacité de purification de DCE (à indiquer sous la forme de "PU-DCE") ; ou
 - capacité d'oxychloration (à indiquer sous la forme de "O-C") ;

- ^b Les hydrocarbures chlorés (à prélever après l'appareillage de désessencement et avant le traitement secondaire) peuvent être calculés de façon alternative à partir de l'AOX ou de l'EOX pourvu qu'une corrélation, par installation, ait été établie. L'application de ces alternatives sera décrite dans le rapport de mise en œuvre.
- ^c A échantillonner après le traitement final.

Anhang 3 zur 1. OSPAR-Verordnung

OSPAR Decision 98/5

on Emission and Discharge Limit Values for the Vinyl Chloride Sector, Applying to the Manufacture of Suspension-PVC (s-PVC) from Vinyl Chloride Monomer (VCM)

RECALLING Article 2(1) of the Convention for the Protection of the Marine Environment of the North-East Atlantic ("OSPAR Convention");

RECALLING that the 1997/1998 Action Plan of Oslo and Paris Commissions calls for the adoption of further measures, including the application of best available techniques (BAT) and best environmental practice (BEP), for the reduction or elimination of inputs to the maritime area from specific industrial sectors, and in considering these sectors, attention should be given in particular to activities which result in inputs of hazardous substances (especially organohalogen substances) and to the reduction of such inputs, with the aim of their elimination;

RECALLING that the Oslo and Paris Commissions published in 1996 a Description of BAT for the Vinyl Chloride Industry;

RECALLING PARCOM Recommendation 96/3 concerning Best Available Techniques for the Manufacture of s-PVC from VCM;

NOTING Council Directive 96/61/EC concerning integrated pollution prevention and control (IPPC Directive) and corresponding legislation of other Contracting Parties;

RECOGNISING that the vinyl chloride industry has the potential to release significant amounts of organohalogen to the environment;

RECOGNISING that the release of chlorinated hydrocarbons arising in the manufacture of s-PVC can be minimised by applying BAT and BEP;

THE CONTRACTING PARTIES TO THE CONVENTION FOR THE PROTECTION OF THE MARINE ENVIRONMENT OF THE NORTH-EAST ATLANTIC DECIDE:

1. Definitions

For the purposes of this Decision:

"Existing plant"	means plant the operation of which was authorised before 9 February 1999.
"New plant"	means plant the operation of which was authorised on or after 9 February 1999
"Single plant"	means plant manufacturing suspension-polyvinyl chloride (s-PVC).
"Combined plant"	means plant manufacturing s-PVC and being part of an industrial site, where other chemical

OSPAR-Beschluß 98/5

Emissions- und Einleitungsgrenzwerte für den Vinylchloridsektor zur Anwendung bei der Herstellung von Suspensions-PVC (S-PVC) aus Vinylchloridmonomer (VCM)

EINGEDENK des Artikels 2 Absatz 1 des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks ("OSPAR-Übereinkommen");

EINGEDENK der Tatsache, daß in dem Aktionsplan 1997/1998 der Kommissionen von Oslo und Paris die Annahme weiterer Maßnahmen, einschließlich der Anwendung der besten verfügbaren Techniken (BVT) und der besten Umweltpaxis (BUP), zur Reduzierung oder Beseitigung von Einträgen aus bestimmten Industrie-bereichen in das Meeresgebiet gefordert wird, und daß bei der Betrachtung dieser Bereiche den zu Einträgen gefährlicher Stoffe (insbesondere organischer Halogenverbindungen) führenden Tätigkeiten und der Reduzierung solcher Einträge besondere Beachtung geschenkt werden sollte mit dem Ziel, sie zu beseitigen;

EINGEDENK der von den Kommissionen von Oslo und Paris 1996 veröffentlichten Beschreibung von BVT für die Vinylchloridindustrie;

EINGEDENK der PARCOM-Empfehlung 96/3 bezüglich der besten verfügbaren Techniken für die Herstellung von S-PVC aus VCM;

IN ANBETRACHT der Richtlinie 96/61/EG des Rates über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (IVU-Richtlinie) und entsprechender Rechtsvorschriften anderer Vertragsparteien;

IN DER ERKENNTNIS, daß die Vinylchloridindustrie eine bedeutende potentielle Quelle organischer Halogenverbindungen in die Umwelt darstellt;

IN DER ERKENNTNIS, daß die Freisetzen von chlorierten Kohlenwasserstoffen bei der Herstellung von s-PVC durch Anwendung von BVT und BUP auf ein Mindestmaß reduziert werden können -

BESCHLIESSEN DIE VERTRAGSPARTEIEN DES ÜBEREINKOMMENS ZUM SCHUTZ DER MEERESUMWELT DES NORDOSTATLANTIKS FOLGENDES:

1. Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Beschlusses bedeutet:

"bestehende Anlage"	eine Anlage, deren Betrieb vor dem 9. Februar 1999 genehmigt wurde.
"neue Anlage"	eine Anlage, deren Betrieb am oder nach dem 9. Februar 1999 genehmigt wurde.
"Einzelanlage"	eine Anlage zur Herstellung von Suspensionspolyvinylchlorid (S-PVC)
"kombinierte Anlage"	eine Anlage zur Herstellung von S-PVC, die zu einem Industriestandort gehört, an dem andere

processes are being carried out.

chemische Prozesse durchgeführt werden.

"Fugitive emissions" means releases into air due to leakages.

"flüchtige Emissionen" Freisetzungen in die Luft aufgrund von Leckagen.

2. Scope

2. Regelungsbereich

- 2.1 The purpose of this Decision is to prevent and eliminate pollution and to take the necessary measures to protect the maritime area against the adverse effects of human activities due to the manufacture of s-PVC from vinyl chloride monomer (VCM).
- 2.2 This Decision lays down limit values for releases of certain hazardous substances into water and air from the manufacturing process of s-PVC from VCM, i.e. polyvinyl chloride produced from VCM by the suspension process.
- 2.3 The discharge limit values in tables 3.2 and 3.3 apply only to single or combined plants from which discharges may reach the maritime area of the OSPAR Convention by waterborne routes.
- 2.4 The emission limit values in table 3.1 apply to all single or combined plants of Contracting Parties.

- 2.1 Zweck dieses Beschlusses ist, Verschmutzungen zu verhüten und zu beseitigen und alle notwendigen Maßnahmen zum Schutz des Meeresgebietes vor den nachteiligen Auswirkungen menschlicher Tätigkeiten aufgrund der Herstellung von S-PVC aus Vinylchloridmonomer (VCM) zu treffen.
- 2.2 Dieser Beschluß legt Grenzwerte für Freisetzungen bestimmter gefährlicher Stoffe in die Gewässer und in die Luft fest, die aus der Herstellung von S-PVC aus VCM, d.h. der Herstellung von Polyvinylchlorid aus VCM anhand des Suspensionsverfahrens herrühren.
- 2.3 Die Einleitungsgrenzwerte in Tabelle 3.2 und 3.3 gelten nur für einzelne und kombinierte Anlagen, deren Einleitungen über die Gewässer in das Meeresgebiet des OSPAR-Übereinkommens gelangen können;
- 2.4 Die Emissionsgrenzwerte in Tabelle 3.1 gelten für alle einzelnen oder kombinierten Anlagen der Vertragsparteien

3. Programmes and Measures

3. Programme und Maßnahmen

3.1 General provisions

3.1 Allgemeine Bestimmungen

- 3.1.1 The annual averages of emissions from plants producing s-PVC to the air shall not exceed the emission limit values in table 3.1.
- 3.1.2 The annual averages of discharges from plants producing s-PVC to the water environment shall not exceed the discharge limit values in tables 3.2 and 3.3.
- 3.1.3 The dilution of treated or untreated waste air or waste water streams for the purpose of compliance with limit values as set out in §§ 3.2. and 3.3 shall not be permitted.

- 3.1.1 Die Emissionen aus Anlagen zur Herstellung von S-PVC in die Luft dürfen im Jahresdurchschnitt die Emissionsgrenzwerte in Tabelle 3.1 nicht überschreiten.
- 3.1.2 Die Einleitungen aus Anlagen zur Herstellung von S-PVC in die Gewässer dürfen im Jahresdurchschnitt die Einleitungsgrenzwerte in Tabelle 3.2 und 3.3 nicht überschreiten.
- 3.1.3 Die Verdünnung behandelter oder unbehandelter Abgas- oder Abwasserströme zwecks Einhaltung der Grenzwerte nach Abs. 3.2 und 3.3 ist nicht zulässig.

3.2 Emissions to air from point sources

3.2 Emissionen aus Punktquellen in die Luft

Table 3.1 Emission Limit Values

Substance	Limit value
VCM	80 g VCM per tonne s-PVC produced

Tabelle 3.1 Emissionsgrenzwerte

Stoff	Grenzwert
VCM	80 g VCM je produzierte Tonne S-PVC

- 3.2.1 Fugitive emissions shall be minimised as far as possible. They should be measured from the s-PVC production applying modern techniques.

- 3.2.1 Flüchtige Emissionen sind so weit wie möglich zu vermeiden. Sie sollten während der Produktion von S-PVC mit modernen Meßverfahren bestimmt werden.

3.3 Discharges to water

3.3 Gewässereinleitungen

- a. after effluent stripper, before secondary treatment

- a) nach dem Stripper und vor der weiteren Behandlung des Abwassers

Table 3.2 Discharge Limit Values

Substance	Limit value
VCM	1 mg VCM per litre
	5 g VCM per tonne s-PVC produced

3.3.1 Adsorbable organic halogen compounds (AOX) or extractable organic halogen compounds (EOX) can be used as optional alternative parameters for VCM, provided that a correlation, on a plant by plant basis, between AOX or EOX and VCM has been established and will be reported in the reporting on implementation.

b. at outlet of effluent water treatment plant

Table 3.3 Discharge Limit Values

Substance	Limit value
Chemical Oxygen Demand (COD)	For single plants: 125 mg COD per litre
	For combined plants: 250 mg COD per litre
Suspended solids	30 mg suspended solids per litre

3.3.2 The main parts of the suspended solids referred to in table 3.3 are PVC particles. These suspended solids may be calculated from AOX if a correlation, on a plant by plant basis, between AOX and suspended solids has been established and will be reported in the reporting on implementation.

3.3.3 As an alternative to the discharge limit value of 250 mg/litre for chemical oxygen demand (COD), a 90 % reduction of the load of COD may be applied.

3.3.4 As an alternative to COD as parameter, total organic compounds (TOC) may be used as a control parameter, provided that a correlation factor between COD and TOC has been established.

3.4 Sampling

3.4.1 Samples shall be taken for analysis on the following bases:

- for emissions to the atmosphere, a sample, or a number of samples, representative of such emissions over a period of one hour;
- for discharges to water, a sample, or a number of samples, representative of such discharges over a period of one day. Analysis of chlorinated hydrocarbons (or AOX or EOX) shall be performed on the basis of spot samples over a period of one day.

3.4.2 The frequency of analysis shall be determined by competent authorities taking into account the results obtained.

3.4.3 Water samples shall be homogenised, unfiltered and undecanted, where this is compatible with the analytical methodology specified in table 3.4.

Tabelle 3.2: Einleitungsgrenzwerte

Stoff	Grenzwert
VCM	1 mg VCM je Liter
	5 g VCM je produzierte Tonne S-PVC

3.3.1 Adsorbierbare organische Halogenverbindungen (AOX) oder extrahierbare organische Halogenverbindungen (EOX) können als fakultative Alternativparameter für VCM verwendet werden, sofern zwischen AOX oder EOX und VCM eine Korrelation auf Einzelanlagenbasis hergestellt worden ist und in der Berichterstattung über die Umsetzung angegeben wird.

b) am Ablauf der Abwasserbehandlungsanlage

Tabelle 3.3 Einleitungsgrenzwerte

Stoff	Grenzwert
Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB)	Bei Einzelanlagen: 125 mg CSB je Liter
	Bei kombinierten Anlagen: 250 mg CSB je Liter
Suspendierte Feststoffe	30 mg suspendierte Feststoffe je Liter

3.3.2 Die suspendierten Feststoffe in Tabelle 3.3 sind hauptsächlich PVC-Partikel. Diese suspendierten Feststoffe können anhand von AOX berechnet werden, sofern zwischen AOX und den suspendierten Feststoffen eine Korrelation auf Einzelanlagenbasis hergestellt worden ist und in der Berichterstattung über die Umsetzung angegeben wird.

3.3.3 Als Alternative zu dem Einleitungsgrenzwert von 250 mg/Liter für den chemischen Sauerstoffbedarf (CSB) kann eine 90%ige Reduzierung der CSB-Fracht zugrunde gelegt werden.

3.3.4 Als Alternative zum Parameter CSB kann der Gesamtgehalt an organisch gebundenem Kohlenstoff (TOC) als Kontrollparameter verwendet werden, sofern zwischen CSB und TOC ein Korrelationsfaktor festgelegt worden ist.

3.4 Probenahme

3.4.1 Die Probenahme zu Analysezwecken hat nach folgenden Vorgaben zu erfolgen:

- für Emissionen in die Atmosphäre eine repräsentative Probe oder Probenreihe dieser Emissionen über einen Zeitraum von einer Stunde;
- für Gewässereinleitungen eine repräsentative Probe oder Probenreihe dieser Einleitungen über einen Zeitraum von einem Tag. Die Analyse von Chlorkohlenwasserstoffen (oder AOX bzw. EOX) ist anhand von Stichprobenahmen über einen Zeitraum von einem Tag durchzuführen.

3.4.2 Die Analysenhäufigkeit ist von den zuständigen Behörden unter Berücksichtigung der ermittelten Ergebnisse zu bestimmen.

3.4.3 Soweit mit den in Tabelle 3.4 genannten Analyseverfahren vereinbar, müssen die Wasserproben homogenisiert, ungefiltert und undekantiert sein.

3.5 Analyses

3.5.1 The analytical methods set out in table 3.4, or methods yielding equivalent results, shall be used:

Table 3.4: Analytical Methods

VCM	to be analysed by gas chromatography
TOC	to be analysed in accordance with EN 1484
AOX, EOX	to be analysed according to ISO 9562 and EN 1485
COD	to be analysed by using potassium dichromate oxidation (See ISO 6060, second edition)
Suspended solids	to be determined in water effluent by filtration through glass fibre filters (see EN 872)
Fugitive emissions of VCM	to be quantified by using appropriate methods (e.g. by using a trace gas technique)

4. Entry into force

4.1 This Decision enters into force on 9 February 1999 for new plants and on 1 January 2003 for existing plants. The programmes and measures of this Decision shall be applied to:

- a. new plants from 9 February 1999;
- b. existing plants from 1 January 2003.

4.2 In the case of technical modifications to an existing PVC-plant competent authorities shall decide whether the provisions for existing plants in this Decision still apply for the modified plant.

5. Implementation reports

5.1 Reports on the implementation of this Decision shall be submitted to the appropriate OSPAR working group in accordance with OSPAR's Standard Implementation Reporting and Assessment Procedure. In respect of existing plants this reporting shall commence in the intersessional period 2004/2005.

5.2 When reporting on implementation, the format as set out in the Appendix should be used to the extent possible.

3.5 Analysen

3.5.1 Es sind die in Tabelle 3.4 genannten Analyseverfahren oder Verfahren mit äquivalenten Ergebnissen anzuwenden:

Tabelle 3.4: Analyseverfahren

VCM	Analyse mittels Gaschromatografie
TOC	Analyse gemäß EN 1484
AOX, EOX	Analyse gemäß ISO 9562 und EN 1485
CSB	Analyse mittels Kaliumdichromat-Oxidation (Siehe ISO 6060, 2. Ausgabe)
Suspendierte Feststoffe	Bestimmung im Abwasser durch Abtrennung mittels Glasfaserfilter (siehe EN 872)
Flüchtige VCM-Emissionen	Quantifizierung mittels geeigneter Verfahren (z.B. anhand einer Spurengastechnik)

4. Inkrafttreten

4.1 Dieser Beschluß tritt für neue Anlagen am 9. Februar 1999 und für bestehende Anlagen am 1. Januar 2003 in Kraft. Die Programme und Maßnahmen dieses Beschlusses sind wie folgt anzuwenden:

- a) bei neuen Anlagen ab 9. Februar 1999;
- b) bei bestehenden Anlagen ab 1. Januar 2003.

4.2 Sollten an einer bestehenden PVC-Anlage technische Änderungen vorgenommen werden, haben die zuständigen Behörden zu entscheiden, ob die für bestehende Anlagen geltenden Bestimmungen dieses Beschlusses für die geänderte Anlage weitergelten.

5. Umsetzungsberichte

5.1 Berichte über die Umsetzung dieses Beschlusses sind der zuständigen OSPAR-Arbeitsgruppe nach Maßgabe des OSPAR-Standardverfahrens für die Berichterstattung und Bewertung vorzulegen. Bei bestehenden Anlagen beginnt diese Berichterstattung zwischen den OSPAR-Sitzungen 2004/2005.

5.2 Zur Berichterstattung über die Umsetzung sollte soweit wie möglich das im Anhang wiedergegebene Formblatt verwendet werden.

Appendix

Anhang

Format for Implementation Reports of OSPAR Decision 98/5 on Emission and Discharge Limit Values for the Vinyl Chloride Sector, Applying to the Manufacture of s-PVC from VCM

Formblatt für die Berichterstattung über die Umsetzung des OSPAR-Beschlusses 98/5 bezüglich Emissions- und Einleitungsgrenzwerten für den Vinylchloridsektor zur Anwendung bei der Herstellung von Suspensionspolyvinylchlorid (S-PVC) aus Vinylchloridmonomer (VCM)

I. Implementation Report on Compliance

I. Bericht über die Umsetzung des Beschlusses

Country:

Land:

Reservation applies

Bestehender Vorbehalt

yes/no ¹ ja/nein ¹

Is measure applicable in your country?

Findet die Maßnahme in Ihrem Land Anwendung?

yes/no ¹ ja/nein ¹

If not applicable, then state why not (e.g. no relevant plant)

Falls nicht, Gründe angeben (z.B. kein entsprechender Betrieb)

.....

.....

.....

.....

Means of Implementation:
Mittel zur Umsetzung:

by legislation gesetzliches Regelwerk	by administrative action untergesetzliches Regelwerk	by negotiated agreement freiwillige Vereinbarung
yes/no ¹ ja/nein ¹	yes/no ¹ ja/nein ¹	yes/no ¹ ja/nein ¹

Please provide information on:

Angaben über:

- specific measures taken to give effect to this measure;
- any special difficulties encountered, such as practical or legal problems, in the implementation of this measure;
- the reasons for not having fully implemented this measure should be spelt out clearly and plans for full implementation should be reported.

- zur Umsetzung dieser Maßnahme unternommene spezifische Schritte;
- Schwierigkeiten wie praktische oder rechtliche Hindernisse bei der Umsetzung dieser Maßnahme;
- die Gründe für eine unvollständige Umsetzung dieser Maßnahme sowie Angaben dazu, was für eine vollständige Umsetzung vorgesehen ist.

.....

.....

.....

.....

¹ Delete as appropriate

¹ Unzutreffendes streichen.

II. Implementation Report on Effectiveness

Contracting Parties should endeavour to report also the following items in accordance with the reporting format.

Emissions into the atmosphere

(annual averages, accompanied by appropriate statistical information, including sampling frequencies)

II. Bericht über die Wirksamkeit

Die Vertragsparteien sollten sich bemühen, in dem Formblatt für die Berichterstattung auch Angaben zu den folgenden Punkten zu machen:

Emissionen in die Atmosphäre

(Jahresdurchschnitt mit entsprechenden statistischen Angaben, einschließlich Häufigkeit der Probenahme)

Plant/site Anlage/Standort	Production ^a Produktion ^a (tonnes) / (Tonnen)	VCM (g/tonne s-PVC; point sources) (g/Tonne S-PVC; Punktquellen)	VCM (g/tonne s-PVC; fugiti- ves) (g/Tonne S-PVC; flüch- tige Emissionen)	Description of techniques to estimate fugitive emissions Beschreibung der Ver- fahren zur Abschätzung flüchtiger Emissionen

^{a)} - Actual production of PVC (indicate as A-PVC)
- Production capacity of PVC (indicate as P-PVC)

- effektive PVC-Produktion (als A-PVC)
- PVC-Produktionskapazität (als P-PVC)

Discharges into water

(annual averages, accompanied by appropriate statistical information, including sampling frequencies)

Gewässereinleitungen

(Jahresdurchschnitt mit entsprechenden statistischen Angaben, einschließlich Häufigkeit der Probenahme)

Plant / site Anlage / Standort	VCM ^{a), c)} (mg/l)	VCM ^{a), c)} (g/tonne s-PVC) (g/Tonne S-PVC)	COD ^{d)} / CSB ^{d)} (mg/l)		Suspended solids ^{b), d)} (mg/l)
			single plants Einzelanlagen	combined plants kombinierte Anlagen	

^{a)} Please state correlation when VCM data are based on AOX or EOX measurements.

^{b)} Please state correlation when suspended solids data are based on AOX measurements.

^{c)} after effluent stripper, before secondary treatment.

^{d)} at outlet of effluent water treatment plant.

^{a)} Angabe der Korrelation, wenn die VCM-Daten auf AOX- oder EOX-Messungen basieren.

^{b)} Angabe der Korrelation, wenn die suspendierten Feststoffe auf AOX-Messungen basieren.

^{c)} Nach dem Stripper und vor der weiteren Behandlung des Abwassers.

^{d)} Am Kläranlagenablauf.

Décision OSPAR 98/5

sur les plafonds d'émission et de rejet dans le secteur du chlorure de vinyle, applicables à la fabrication du PVC en suspension (s-PVC) à partir du chlorure de vinyle monomère (CVM)

RAPPELANT le paragraphe 1 de l'article 2 de la Convention pour la protection du milieu marin de l'Atlantique du Nord-Est („Convention OSPAR“);

RAPPELANT que le plan d'action 1997/1998 des Commissions d'Oslo et de Paris en appelle à l'adoption de nouvelles mesures, et notamment l'application des meilleures techniques disponibles (BAT) et de la meilleure pratique environnementale (BEP) afin de réduire ou de supprimer les apports provenant de certains secteurs industriels à la zone maritime, et signale qu'en considérant ces secteurs, l'attention doit tout particulièrement se porter sur les activités engendrant des apports de substances dangereuses (surtout de substances organohalogénées) et sur la réduction de tels apports, aux fins de leur élimination;

RAPPELANT que les Commissions d'Oslo et de Paris ont publié une description des BAT dans le secteur du chlorure de vinyle en 1996;

RAPPELANT la Recommandation PARCOM 96/3 sur les meilleures techniques disponibles dans la fabrication du s-PVC à partir du CVM;

NOTANT la directive du Conseil européen 96/61/CE, relative à la prévention et au contrôle intégrés de la pollution (ou directive IPPC) et les lois correspondantes des autres Parties contractantes;

RECONNAISSANT que l'industrie du chlorure de vinyle est susceptible de libérer des quantités significatives d'organohalogénés dans l'environnement;

RECONNAISSANT que les émissions d'hydrocarbures chlorés issus de la fabrication du s-PVC peuvent être minimisées en mettant en œuvre les BAT et les BEP;

Les Parties contractantes à la Convention pour la protection du milieu marin de l'Atlantique du Nord-Est DECIDENT :

1. Définitions

Aux fins de la présente décision :

"Installation existante"	désigne une installation dont l'exploitation a été autorisée avant le 9 février 1999.
"Installation nouvelle"	désigne une installation dont l'exploitation a été autorisée le 9 février 1999 ou après.
"Installation à vocation unique"	désigne une installation fabriquant du chlorure de polyvinyle en suspension (s-PVC).
"Installation à vocation combinée"	désigne une installation de fabrication de PVC en suspension, faisant partie d'un site industriel où d'autres procédés chimiques sont mis en œuvre.
"Emissions fugitives"	désigne les émissions dans l'atmosphère dues aux fuites.

2. Champ d'application

2.1 La présente décision a pour but de prévenir et de supprimer la pollution due aux activités de l'homme dans le domaine de la fabrication du PVC en suspension (s-PVC) à partir du chlorure de vinyle monomère (CVM), ainsi que de prendre des mesures propres à protéger la zone maritime contre les effets préjudiciables de ces activités.

2.2 La présente décision fixe les plafonds d'émission dans l'atmosphère et de rejet dans les eaux de certaines substances dangereuses, telles qu'émanant du procédé de fabrication du PVC en suspension à partir du chlorure de vinyle monomère, autrement dit le chlorure de polyvinyle produit à partir du CVM par le procédé de la polymérisation en suspension.

2.3 Les plafonds de rejet dans les eaux dans les tableaux 3.2 et 3.3 ne s'appliquent qu'aux installations à vocation unique ou à vocation combinée desquelles des rejets peuvent aboutir à la zone maritime de la Convention OSPAR par voie d'eau.

2.4 Les plafonds d'émission au tableau 3.1 s'appliquent à toutes les installations à vocation unique ou à vocation combinée des Parties contractantes.

3. Programmes et mesures

3.1 Généralités

3.1.1 Les moyennes annuelles d'émission des installations produisant du PVC par polymérisation en suspension ne pourront dépasser les plafonds d'émission, tels qu'indiqués au tableau 3.1.

3.1.2 Les moyennes annuelles de rejet dans l'eau des installations produisant du PVC par polymérisation en suspension ne pourront dépasser les plafonds de rejet tels qu'indiqués aux tableaux 3.2 et 3.3.

3.1.3 La dilution des gaz perdus ou des eaux usées, traités ou non, ne sera pas autorisée aux fins de la mise en conformité aux plafonds visés aux paragraphes 3.2 et 3.3.

3.2 Emissions atmosphériques provenant de sources ponctuelles

Tableau 3.1 Plafonds d'émission

Substance	Plafond
CVM	80 g de CVM par tonne de s-PVC fabriqué

3.2.1 Les émissions fugitives seront minimisées dans toute la mesure du possible. Elles seront mesurées en fonction de la production de s-PVC, ceci en faisant appel à des techniques modernes.

3.3 Rejets dans les eaux

a. Au-delà de l'équipement de dessèchement de l'effluent et avant le traitement secondaire.

Tableau 3.2 Plafonds d'émission

Substance	Plafond
CVM	1 mg de CVM par litre
	5 g de CVM par tonne de s-PVC fabriqué

3.3.1 Les substances halogénées adsorbables (AOX) ou extractibles (EOX) peuvent être utilisées à titre d'alternative optionnelle pour le paramètre CVM sous réserve qu'une corrélation ait été établie, par installation, entre l'AOX ou l'EOX et le CVM et

que cette corrélation soit notifiée dans le rapport de la mise en œuvre.

b. à la sortie de l'installation de traitement des eaux usées

Tableau 3.3 Plafonds d'émission

Substance	Plafond
Demande chimique en oxygène (DCO)	Pour les installations à vocation unique : 125 mg DCO par litre Pour les installations à vocation combinée : 250 mg DCO par litre
Solides en suspension	30 mg de solides en suspension par litre

3.3.2 Les solides en suspension indiqués au tableau 3.3 sont principalement constitués de particules de PVC. L'on peut mesurer ces solides en suspension en utilisant des AOX, sous réserve qu'une corrélation ait été établie, par installation, entre l'AOX et les solides en suspension et que cette corrélation soit notifiée dans le rapport de la mise en œuvre.

3.3.3 A titre d'alternative au plafond de rejet de 250 mg/litre applicable à la demande chimique en oxygène (DCO), une réduction de 90% de la charge en DCO peut être appliquée.

3.3.4 A titre d'alternative au paramètre de la DCO, le carbone organique total (COT) peut être pris comme paramètre de contrôle, ceci sous réserve qu'un coefficient de corrélation entre la DCO et le COT ait été établi.

3.4 Echantillonnage

3.4.1 Aux fins d'analyse, il conviendrait de prendre des échantillons suivants :

- dans le cas des émissions dans l'atmosphère, un échantillon ou un nombre d'échantillons sera prélevé, échantillon(s) représentatif(s) de telles émissions sur une période d'une heure ;
- dans le cas des rejets dans les eaux, un échantillon ou un nombre d'échantillons sera prélevé, échantillon(s) représentatif(s) de tels rejets sur une période d'une journée. L'analyse des hydrocarbures chlorés (ou des AOX ou des EOX) sera faite sur des échantillons aléatoires prises sur une période d'une journée.

3.4.2 La fréquence des analyses sera déterminée par les autorités compétentes, en tenant compte des résultats obtenus.

3.4.3 Les échantillons d'eau seront homogénéisés, et ne seront ni filtrés ni décantés, où cela est compatible avec la méthodologie analytique spécifiée au tableau 3.4.

3.5 Analyses

3.5.1 Les méthodes d'analyse établies au tableau 3.4, ou des méthodes donnant des résultats équivalents, seront appliquées :

Tableau 3.4 : Méthodes d'analyse

CVM	à analyser par chromatographie en phase gazeuse
COT	à analyser conformément à la norme EN 1484
AOX, EOX	à analyser conformément à ISO 9562 et EN 1485
DCO	à analyser par oxydation au dichromate de potassium (voir ISO 6060, deuxième édition)
Solides en suspension	à doser sur l'effluent aqueux par filtration sur des filtres en fibre de verre (voir EN 872)
Emissions fugitives de CVM	à quantifier par des méthodes appropriées (p.ex., par la technique des gaz en traces)

4. Entrée en vigueur

4.1 La présente décision entre en vigueur le 9 février 1999 dans le cas des nouvelles installations, et le 1er janvier 2003 dans celui des installations existantes. Les programmes et mesures de cette Décision seront appliqués :

- aux nouvelles installations à partir du 9 février 1999 ;
- aux installations existantes à partir du 1er janvier 2003.

4.2 En cas de modification technique d'une installation de PVC, les autorités compétentes décideront si les dispositions fixées par la présente décision pour les installations existantes continueront de s'appliquer à l'installation ainsi modifiée.

5. Rapports de mise en œuvre

5.1 Les rapports de mise en œuvre de la présente décision seront remis au groupe de travail OSPAR ayant compétence dans ce domaine, ceci dans les conditions prévues par la procédure OSPAR normalisée de notification et d'évaluation de la mise en œuvre ; dans le cas des installations existantes, ils seront remis pendant l'intersession 2004/2005.

5.2 Pour rendre compte de la mise en œuvre, il sera fait usage, dans toute la mesure du possible, du formulaire figurant en appendice.

Appendice

Formulaire de rapport de mise en œuvre de la décision OSPAR 98/5 sur les plafonds d'émission et de rejet dans le secteur du chlorure de vinyle, applicables à la fabrication du PVC en suspension (s-PVC) à partir du chlorure de vinyle monomère (CVM)

I. Rapport de mise en conformité

Pays :

Une réserve s'applique : oui/non ¹

La mesure est-elle applicable dans votre pays ? oui/non ¹

Si elle ne l'est pas, préciser pour quelle raison (p.ex. il n'y a pas d'installation à laquelle elle pourrait s'appliquer)

.....

.....

.....

.....

Mode de mise en œuvre :	législation	mesure administrative	accord négocié
	oui/non ¹	oui/non ¹	oui/non ¹

Bien vouloir donner des renseignements sur les éléments suivants :

- mesures prises spécifiquement afin de donner effet à la présente mesure ;
 - difficultés particulières qui se sont présentées, telles que problèmes pratiques ou juridiques, dans l'application de la présente mesure ;
 - les raisons pour lesquelles la présente mesure n'a pas été pleinement appliquée doivent être clairement indiquées, de même que ce qui est prévu pour la mettre pleinement en œuvre.
-
-
-
-

¹ Biffer la mention inutile.

II. Rapport d'efficacité de la mise en œuvre

Les Parties contractantes s'efforceront de donner les renseignements suivants, conformément au formulaire de notification.

Emissions atmosphériques

(moyennes annuelles accompagnées de statistiques appropriées, y compris les fréquences d'échantillonnage)

Usine/Complexe	Production ^{a)} (tonnes)	CVM (g/tonne s-PVC ; sources ponctuelles)	CVM (g/tonne s-PVC ; fugitives)	Description des techniques d'estimation des émissions fugitives

- ^{a)} - production réelle de PVC (indiquer comme A-PVC)
- capacité de production de PVC (indiquer comme P-PVC)

Rejets dans les eaux

(moyennes annuelles accompagnées de statistiques appropriées, y compris les fréquences d'échantillonnage)

Usine/ complexe	CVM ^{a), c)} (mg/l)	CVM ^{a), c)} (g/tonne s- PVC)	DCO ^{d)} (mg/l)		Solides en suspension ^{b), d)} (mg/l)
			Installations à vocation unique	Installations à vocation combinée	

- ^{a)} lorsque les données du CVM seront basées sur les mesures des AOX ou des EOX, l'on indiquera la corrélation.
- ^{b)} lorsque les teneurs en solides en suspension seront basées sur les mesures des AOX, l'on indiquera la corrélation.
- ^{c)} après l'appareil de désessencement des effluents, et avant traitement secondaire
- ^{d)} à la sortie de l'appareillage de traitement des eaux usées

30.04.99**Beschluß**
des Bundesrates

Erste Verordnung zum Inkraftsetzen von Beschlüssen der OSPAR-Kommission nach Artikel 13 des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks (1. OSPAR-Verordnung)

Der Bundesrat hat in seiner 737. Sitzung am 30. April 1999 beschlossen, der Verordnung gemäß Artikel 80 Abs. 2 des Grundgesetzes zuzustimmen.